

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

219 (20.9.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleile 1.20 M. Die Restamegeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Eine Aktion gegen die deutsche Presse

Paris, 19. Sept. Nach einer Savas-Nachricht aus London hat die internationalistische Rheinlandsmission beschlossen, die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und dieser doppelten Verwarnung nicht Rechnung getragen haben. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission der deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, das sowohl im besetzten als auch im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufzuheben mit demselben Rechte, wie die gegen die deutschen Behörden gerichteten Angriffe, die jeweils die öffentliche Ordnung zu stören drohen.

Berlin, 20. Sept. In der neuen Verordnung der Rheinlandkommission über die Presse und öffentlichen Ausdrucksformen sind die Blätter ergänzend, daß auch alle Theater- und Kinoveranstaltungen usw. verboten sind, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören, oder die Sicherheit, oder die Würde der Rheinlandkommission oder der Besatzung zu gefährden. In einem Schreiben an den Reichsanwalt stellt die Rheinlandkommission in Aussicht, daß in der Regel vor einem Zeitungsverbot ein Vertreter des Blattes gehört werden sollte. Eine Verpflichtung hierzu wurde jedoch nicht übernommen.

Von Kahr lehnt ab

München, 19. Sept. Wie selbsterklärend, hat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei beschlossen, Herrn von Kahr die Wiederannahme der Ministerpräsidenten-Schaft anzunehmen. Zu diesem Zweck hatte sich der Fraktionsvorsitzende Herr von Kahr nach München begeben, um eine persönliche Aussprache mit dem bisherigen Ministerpräsidenten zu pflegen und ihm den Antrag seiner Fraktion zu übermitteln. Wie die „Münch. Neuesten Nachrichten“ hören, konnte sich Herr von Kahr nicht entschließen, nochmals das Amt anzunehmen. Die Gründe hierfür dürften die folgenden sein, die ihm bisher zum Ausdruck gekommen sind, die Herr von Kahr zum Rücktritt bewegen haben, also die Formulierung der Beschlüsse nach Berlin, soweit sie sich auf den bayerischen Ausnahmezustand beziehen. Da wohl nicht daran zu denken ist, daß die vom Ständigen Ausschuss gefassten Beschlüsse irgendwie modifiziert werden, und Kahr andererseits darauf bestehen zu müssen glaubt, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes im sehnlichen Augenblick nicht verlangt werden könne, so wäre natürlich eine Lösung der Ministerkrise durch die Wiederkehr des Herrn von Kahr, so wie sie zweifellos viele Volksteile am liebsten gesehen hätten, ausgeschlossen.

Zurückziehung französischer Truppen

Berlin, 10. Sept. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September folgende Note überliefert: Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai dieses Jahres in die besetzten Gebiete gefandenen Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende September beendet sein.

(Es handelt sich natürlich hier nicht um Klärung des besetzten Gebietes, sondern nur um Zurückziehung von Truppen, die für den beschriebenen Vormarsch ins Ruhrgebiet bestimmt waren. Die Red.)

Das Garantiekomitee reist nach Berlin

Paris, 20. Sept. Das Garantiekomitee wird sich im Laufe dieser Woche nach Berlin begeben. Das Garantiekomitee hat bekanntlich bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin eine Reihe von Sitzungen abgehalten, an denen Vertreter der deutschen Regierung teilgenommen haben. Im Laufe dieser Sitzungen hat man Erörterungen darüber angestellt, auf welche Weise die letzten Annuitäten in Höhe von 2 Milliarden Goldmark und die variablen Annuitäten in Höhe von 26 Proz. der deutschen Ausfuhrwerte gedeckt werden können. Man hatte ins Auge gefaßt, Lieferungen in Natur und Eintreibung gewisser Steuern. Man wundert ebenfalls die Möglichkeiten, den Einfluß der Zahlungen in fremden Devisen auf dem Geldmarkt einzudämmen zu können. Die Verhandlungen sind in der Zwischenzeit schriftlich fortgesetzt worden. Das Garantiekomitee rechnet, wie die „Times“ mitteilt, damit, im Laufe seines Aufenthaltes in Berlin alle schwerwiegenden Fragen zu lösen.

Die Mörder Erzbergers

Stuttgart, 10. Sept. Mit aller Bestimmtheit tritt hier das Gerücht auf, daß vorgestern in Berlin zwei Verhaftungen vorgenommen wurden, bei denen man die Mörder Erzbergers ergriffen zu haben glaubt. Die beiden Verhafteten erklärten, daß sie nur vor dem maßgebenden Staatsanwalt Auskunft erteilen. Der Offizier Staatsanwalt ist deshalb gestern abend nach Berlin abgereist.

Zum Erzberger-Mord

München, 19. Sept. Die Untersuchung in der Mordgeschichte Erzbergers ist vorläufig abgeschlossen worden. Außer den bereits namentlich gemeldeten 11 Personen wurde niemand mehr verhaftet. Die hier weilende Untersuchungskommission hat München verlassen. In Baden sollen die Erhebungen fortgesetzt werden. Von den in München festgenommenen 11 Personen bleiben 5 weniger belastete in München in Polizeihaft, während die anderen 6 Personen, darunter Knilling, nach Offenbach geschickt werden. Ueber die flüchtigen Heinrich Schulz und Heinrich Riffen ist nicht mehr der geringste Zweifel an der Täterhaft. Bisher fehlt aber jede Spur von ihnen.

Sozialdemokratischer Parteitag

Görlitz, 18. Sept.

Drei große Fahnenpaare begrüßten den Parteitag. Am Bahnhof beim Eintritt in die Stadt leuchteten die schwarz-rot-goldenen Farben der Republik. Vor der Stadthalle flammten an hohen Masten zwei rote Fahnen. Deutschnationale Fahnenhändler haben sich in der Nacht vor dem Parteitag an ihnen vergreifen, an der linken Fahne die Quasten abgetrennt und ein großes Loch in den Stoff gestickt. Die Wachsamkeit der Görlitzer Parteigenossen und der Schutzpolizei hat einen der Täter dingfest gemacht. Schon lange vor der feierlichen Eröffnungstunde drängen sich die Massen der Zuhörer, der Delegierten und Gäste in die Stadthalle. Bald ist der Raum gefüllt. Kurz nach 6 Uhr beginnen die Klänge der Orgel Vads Teato und Fuge in E-moll und darauf tragen die Görlitzer Sängerkörpers Mannenchor „Sturm“ Wirkungsvoll vor, durch reichen Beifall begrüßt.

Nach dem Vortrag eines Prologes von Brezang ergreift, beifällig begrüßt, der Württembergische Reichsarbeiterbewegung, der langjährige Vorsitzende und Reichstagsabgeordneter des Görlitzer Kreises, Genosse Hugo Keller, das Wort, und heißt den Parteitag im Namen der Görlitzer organisierten Arbeiterchaft herzlich willkommen. Er plaudert aus der eigenen Erinnerung über den Aufstieg der Partei im Görlitzer Bezirk, über die jahrelange, opferreiche Arbeit, durch die sie zur jetzigen Macht entwidelt wurde, seit dem Jahre 1888, wo sich die ersten 33 Genossen zur politischen Organisation des Proletariates zusammenschlossen. Erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes tauchen wir uns auch in Görlitz ein eigenes Blatt, und Hermann Müller wird mit gemischten Gefühlen an die Zeit zurückdenken, wo er damals in Görlitz in einem kleinen Raum als Redakteur, Geschäftsführer und Expedient in einer Person arbeiten mußte. (Beifall.) Möge der Parteitag, der in erster Linie tagt, die Sturmfront der Partei neu beleben. (Leb. Beifall.)

Hermann Müller: Keller ist einer unserer Ältesten, den der Kampf in der Partei so wunderbar frisch erhalten hat. Wie leicht hat dieser Kampf es ihm überhaupt erst ermöglicht, sich bis in das 70. Lebensjahr so wieder zu erhalten. (Beifall.) Stellers Rede hat uns gezeigt, daß auch in diesem Bezirk die Arbeitermassen auf unserer Seite sind. Wie hat man uns von links her gedrückt, als Partei der Beamten, der Angestellten und Kleinbürger. Aber die letzten Tage, insbesondere die Generaterversammlung des großen Metallarbeiterverbandes in Jena, haben gezeigt, daß die Arbeiter nach wie vor auf unserer Seite sind. (Beifall.) So wird es auch bleiben, und in diesem stolzen Bewußtsein können wir auch in diesem Jahre an das schwere Werk gehen. Wir haben auf diesem Parteitag eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Alle erinnern an die wichtige Programmtage. 50 Jahre lang war das Erörterer Programm ein starker Förderer unserer Bewegung, und wenn auch durch die tatsächliche Entwicklung ein Teil des Programms veraltet ist, so war der Vorzug unserer Bewegung immer der entschlossene Wille zu ihrem Ziel, durch Demokratie zum Sozialismus. Ueber dieses Ziel besteht auch heute nicht der geringste Zweifel. Unsere Politik muß uns diese sozialistische Weltanschauung rein erhalten. (Beifall.) Wenn wir die Mehrheit und die Macht haben, wollen wir unsere sozialistische Weltanschauung rein durchsetzen. Wenn wir heute noch nicht soweit sind, so liegt das nicht zuletzt an der verfluchten Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung. Bis wir zu unserer Ziele kommen, haben wir noch schwere Arbeit zu leisten, um das reibungslose Staatswesen zu stiften. In den nächsten Jahren ist nur eine Koalitionspolitik möglich, in der sich die Weltanschauungen der beteiligten Parteien nur in Prozenten ausdrücken können. Das sollten sich alle merken, denn das gilt für jede Partei. Was wir zur Festigung unseres republikanischen Staatswesens noch zu leisten haben, haben uns die letzten Wochen deutlich gezeigt. Erzberger, der sich nach dem militärischen Zusammenbruch selbstlos auf den Boden der Republik stellte, ist von seinen Kameraden der Brigade Ehrhardt ermordet worden. (Ausruf.) Die Atmosphäre für den Mord wurde geschaffen durch die infernalische Rede der Deutschnationalen in den letzten Jahren. (Stürmische Zurufe.) Ihnen ist es vorbehalten geblieben, den Mord zum politischen Kampfmittel zu erheben. Es ist Pflicht der Selbsthaltung der Republik, die Mörderzentralen mit allen Mitteln unschädlich zu machen. (Beifall.) In einem Teil Schlesiens liegen die Dinge ebenso schlimm, wie im südbayerischen Grenzgebiet. Dort hieselben und werden dieselben Landsknechte zum Schrecken der friedliebenden Bevölkerung. Wenn die Sozialdemokratie, wie herge behauptet hat, von jeder den Mord gepredigt hätte, so hätte sie nach dem 9. November dazu Gelegenheit gehabt. Aber die Novemberrevolution war die unblutigste Revolution, die die Weltgeschichte gesehen hat. (Sehr wahr!) Die ganze Art, wie die deutschnationale Partei kämpft, hat zu einer solchen Vermilderung der politischen Sitten in Deutschland geführt, daß sie schamlos die Abwehrmittel erschöpft. Das sind wir der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und unserem Ruf im Ausland schuldig. Wir müssen durchsetzen, daß im Reich und in den Ländern eine demokratische Verwaltung durchgeführt wird. Wir müssen auch vor allem auf den Nachwuchs in Verwaltung und Justiz achten. Der kommende Winter wird uns im Reich und in den Ländern schwere und verantwortungsvolle Arbeit bringen. Wir müssen vor allen Dingen, darüber kann kein Zweifel sein, wieder, in die preussische Regierung hinein. (Beifall.) Der Weg dazu muß gefunden werden, und wird er nicht gefunden, dann gehen wir nicht nur in den Ländern, sondern auch im Reich in die schärfste Opposition, und werden dann den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben, den Unterschied zwischen der Regierung gegenüber in Reichstag eingetommen haben und dem, was wir unter schärfster Opposition verstehen. (Sehr laut!) Die gesamte Exekutive liegt nach der Reichsversammlung

noch in den Händen der Einzelstaaten. Wir müssen den kommenden Dingen entgegengehen und uns nicht verheßen, daß Kräfte am Werke sind, die es nach einem neuen militärischen Putz gelüftet.

Wir müssen darauf achten, daß der preussisch-bayerischen Militärligue, die in München haust und die in der Zeit der Feuerung die Gelegenheit zu monarchistischen Experimenten genommen glaubt, das Handwerk gründlich gelegt wird. Der kommende Winter muß die Arbeiterklasse in ständiger Alarmbereitschaft finden. Der Landtag der Provinz Brandenburg hat sogar zur Abwehr der Steuerpläne der Regierung den Steuerungsstreik gegen die Städte empfohlen. Man will die Städte aushungern und ganz besonders den Milchstreik durchführen. (Ausruf.) Wollen sich die Herren wirklich ein, daß sich 800 000 organisierte Landarbeiter mit ihnen verbünden und gegen die städtische Arbeiterschaft stehen würden? Sie sollen sich darüber klar sein, daß die Anwendung des Steuerungsstreiks den schärfsten Bürgerkrieg bedeutet.

Das ganze Auftreten der militärischen Alique nützt im Grunde niemand mehr, als den Nationalisten in Frankreich, den Hoch und Nollat, die nur auf das Zuwerden der Wälle warten. Der Aufmarsch der Arbeiter am 31. August hat gezeigt, daß sie die Macht sind und niemand sie ungestraft reizt. Wir müssen uns nicht damit begnügen, von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß wir Herren der Straße sind, wir müssen zeigen, daß wir Herren im Hause sind. (Beifall.) Es gilt diesmal, die Reaktion nicht nur niederzuwerfen, sondern dauernd niederzuhalten. Das ist die große politische Aufgabe, die im kommenden Winter gelöst werden muß. Sie wird uns wohllich nicht erleichtert werden, da unsere ehemaligen Kriegsgegner die Entscheidung über Ober- und Unterdeutschland auch in Ober- und Unterdeutschland nicht gütig werden. (Leb. Sehr richtig!) Auch die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen sind im Westen immer noch nicht aufgegeben. Sie verheßen gegen das Völkerverbot und selbst gegen den harten Vertrag von Versailles. Von der Aufhebung der Sanktionen hängt auch die endgültige Ordnung im Haushalt des Reiches ab.

Vor uns liegt ein Steuerprogramm von einem Umfang, wie es noch in einem Volke vorgelegen hat. Hier gilt es Konsequenzen zu ziehen und auch diejenigen hart anzufassen, die in vaterlandslosem Geist dem Reiche die Devisen weglaufen, um sie für ihre Zwecke auszunutzen. Wir nennen uns mit stolz die alte Partei. Trotz unseres Alters haben wir unsere Aktivität bis zuletzt gezeigt. Möge die Arbeit des Parteitages, den ich hiermit namens des Parteitages für eröffnet erkläre, uns den Weg erkennen helfen, zum weiteren Aufstieg der Partei und zum Ruhm aller schaffenden Kräfte unseres schwergeprüften Vaterlandes. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Parteitag konstituierte sich. Zu Vorsitzenden werden einstimmig gewählt: Otto Wels und Paul Tauschel. Wels dankt und übernimmt den Vorsitz. Zu Schriftführern werden gewählt: Frau Bollmann-Halberstadt, Vogel-Hamburg, Kuh-Worms, Madge-Dreslau, Emil Fischer-Nürnberg, Zimmermann-Altenburg, Prosswit-Frankfurt a. M., Weghe-Berlin, Pinkert-Dresden. Zur Mandatsprüfungs- und Besatzungsmission werden gewählt: Kirchner-Altona, Hartung-Stettin, Girbes-Gagen, Schaffner-Gannover, Trinks-Karlsruhe, Belg-Brandenburg, Hühlich-Nürnberg, Anna Berthold-Kön Wimmer-München.

Ohne Debatte wird die alte Geschäftsordnung wieder genehmigt und die Tagungszeit von 9 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr festgesetzt.

Erste Sitzung

Görlitz, den 19. September 1921.

(Eigener Draft)

Das Interesse an den diesjährigen Verhandlungen des Parteitages zeigte sich am Montag bei der Eröffnung durch den sehr starken Andrang des Publikums zu den Tribünen und durch die Fülle um den Pressetisch, wie diese bisher auf keinem Parteitags gesehen wurde. Man erwartet nach für Montag letzte Auseinandersetzungen über die Frage der Koalitionspolitik, die für das gesamte politisch organisierte Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Vorher spricht Mollenhuth gemäß dem am Sonntag gefaßten Beschluß über den Programmturnus. In launiger Weise erinnerte der alte Parteiveteran daran, daß wir schon von mehreren Programmen haben Abschied nehmen müssen und daß die alten Programme immer erst dann als wertvoll anerkannt wurden, wenn sie von neuen abgelöst werden sollten. Programme müssen auswachsen aus der Praxis; sie müssen mit der Entwicklung Schritt halten und dabei stelle das Erörterer Programm von 1888 Mängel dar. Mollenhuth sprach über die Kritik am neuen Programmturnus und erklärte, daß die Kommission bei ihrer Arbeit den Gedanken vorangestellt habe, daß wir ein Programm haben müßten, in dem unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und Entwicklungstendenzen die Forderungen der Sozialdemokratie so klar ausgearbeitet sind, daß es uns gelingt, die Kreise der Arbeiter zu gewinnen, die noch im Lager der bürgerlichen Parteien stehen. Schaffen wir ein neues Programm, um die Kämpfer für ein solches zu sammeln und sie zum Siege zu führen. (Leb. Beifall.)

Nach dem Referat Mollenhuths wurde die Programmkommission gewählt, die aus folgenden 23 Genossen besteht: Bernstein, Adolf Braun, David, Heinrich Günow, Maria Juchacz, Wilhelm Reil, Leuterich, Paul Loebe, Hans Marquardt, Hermann Mollenhuth, Hermann Müller, Max Quard, Alfred Blüger-Stuttgart, Dr. Gust. Kaddbruch, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Seidewitz, Zwidau, Wilhelm Sullmann, Friedr. Stämpfer, Willy Steinloff, Rudolf Wiffell, Ekstein-Dreslau, Gertrud Hanna, Effe Göts, Hillmann-Hamburg, Antonie Klück, Heinrich Ströber, Otto Braun.

auf die Organisationen der Arbeiter stützen. Auch dabei muß die Gemeinde die Zelle der künftigen Gemeinschaft bleiben, die wir erstreben, und alle unsere Bestrebungen müssen auf diese künftige Gemeinschaft hinstellen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte über die drei Referate begründet Frau Quark-Sammerich einen Antrag zugunsten umfassender sozialer Gesundheitspolitik, insbesondere für Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtskrankheiten, Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, Beseitigung der Verfolgung unehelicher Mütter, die Beamte oder öffentliche Angestellte sind, sowie auch Beitritt des Deutschen Reiches zum Internationalen Abkommen über Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mütter.

Frau Schelling-Döbeln erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind genau 100 Delegierte (14 männliche und 86 weibliche) aus 32 Bezirken anwesend. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Bezirke-Hamburg vertritt den Antrag Hamburg auf Errichtung von Hausfrauenorganisationen. Bisher gibt es nur bürgerliche Hausfrauenorganisationen, deshalb ist ein Gegengewicht notwendig. Eine eigene Organisation brauchte mit der Partei, den Gewerkschaften und den Konsumvereinen nicht in Gegensatz zu geraten.

Frau Wachenheim: Wir müssen die Frauen dazu erziehen, daß sie sich durchsetzen können. Mit den bürgerlichen Frauen kann man immer nur zu einzelnen bestimmten Zwecken zusammenarbeiten. Die Zentralisation der Wohlfahrtspflege in den Gemeinden hat sich überall bewährt, wo sie durchgeführt wurde. In der Gemeinde können wir unsere Fähigkeiten zuerst und am reichsten zeigen. Aber das Rekrutierungsfeld muß immer die Partei bleiben. (Beifall.)

Die Verhandlungen werden abends auf Sonntag 8 Uhr vertagt.

(2. Tag.)

Am 8. Ubr früh setzte heute die Reichsfrauenkonferenz ihre Beratungen fort. Zunächst referierte Frau Juchacz über „Organisationsfragen“.

Im letzten Jahre haben wir 14 522 weibliche Mitglieder verloren, wahrscheinlich infolge der Enttäuschung, daß die Revolution nicht alle Frauenhoffnungen erfüllte. Es spricht auch das Nachlassen der weiblichen Erwerbstätigkeit mit. Wir sehen aber, daß unsere, in der Bewegung stehenden Frauen dauernd geistig wachsen, deshalb lasse ich mich nicht irren machen an der Zukunft der sozialistischen Frauenbewegung (Beifall). Unsere Agitation muß auch dafür sorgen, daß das Stimmenniveau bei den Wahlen zu Ungunsten der sozialistischen Frauenstimmen aufgehoben wird. Besondere Frauenagitationsveranstaltungen sind überlebt. (Zustimmung.) Ich begrüße deshalb die Anregung der „Gleichheit“ auf Errichtung von Frauenabenden. Dort muß der Grundstoff an Literaturkenntnis gelegt werden, den jeder braucht, der in der Partei mitarbeiten will. Die Broschüren des Gen. Radbruch und Grajahn sollte jede Frau besitzen. Die „Gleichheit“ soll allen Frauen obligatorisch geliefert werden. Die Hamburger Frauen fordern auch ein kurzes Aktionsprogramm. Leitende Genossinnen haben sich allerdings dagegen ausgesprochen. Das darf uns aber nicht hindern, darüber zu debattieren. Weiterhin verlangen die Hamburger, daß die Männer ihre Frauen heranziehen. Gätte ich einen deutschen Nationalen Mann, so würde ich mich sehr dagegen wehren. (Heiterkeit und Zustimmung.) Allerdings sind viele Frauen politisch indifferent. Für die an sich notwendigen Frauenfretariate fällt es oft schwer, Frauen zu finden. Solche Anträge anzunehmen, hat keinen Zweck. Die Bezirke selbst haben dafür zu sorgen. (Zustimmung.)

In der Diskussion befragt sich Frau Jabe-Hamburg darüber, daß die Männer die Gleichberechtigung der Frau nicht recht ernst nehmen. (Widerpruch bei den männlichen Delegierten.)

Inzwischen sind 3 Resolutionen eingegangen. Die erste protestiert gegen den Beschluß des Reichsrats, die Frau nicht als

Konzert des Arb.-Gesangv. „Sängerkränz“

Der Stimmklang noch gehört der wohlgeübten Chor des Arbeiter-Gesang-Vereins „Sängerkränz“ in der Kammersäle mit 66 Sängern zu den Vereinen mittlerer Größe. Was er aber bei dem Konzert zur Feier des 75jährigen Jubiläumstages unter der selbstbewußten Führung seines sehr strebsamen Chormeisters R. Fassel bot, das hebt ihn hinaus zu den großen Vereinen, weniger mit geschmacklosen „Kunst“-Hören, deren Konsequenzen auf dem Klavier gewöhnlich zusammengefaßt werden, und so die Innatürlichkeit in höchst eigener Gestalt sind, sondern mit Liedern, welche unsern Volksliebden verhandelt und aus diesem Grunde in die Herzen dringen können. Der Dirigent hatte jeden der sechs Chöre bis in alle Einzelheiten hinein mit feinsten Gemüthsregungen ausgefeilt und zur Hauptfrage die dynamische Seite des Vortrages liebevoll beachtet. Da konnte uns am besten der Chor „Das ist ein Jubel im grünen Wald“ von Ludwig Baummann gefallen. Die lustigsten Pianissimo-Teile waren da noch wesentlicher Klang und hatten Tragkraft. Hier, wie auch bei dem andern mit geschmackvoller Hand glücklich ausgewählten Liedern von R. Kurz, R. Gassmir (dem Hiesigen?), Adolf Pladen und Theodor Wung hatte der Chor hinreichend Gelegenheit sein auf achtunggebender Höhe stehendes Können darzulegen. Jeder einzelne Sänger war mit Herz und Sinn bei der Sache und wußte um was es sich handelte; nur deshalb war es R. Fassel möglich, so fein musikalische und stimmungsvolle Ausdeutungen den Chorwerken zu geben. Am reichsten Beifall — die große Festhalle war sehr gut besetzt — fehlte es nicht an Glückwünschen, die von Herzen kamen. Auch wir wollen nicht veräumen, dem strebsamen Verein unsere Glück- und Segenswünsche zum 75jährigen Jubiläum auszusprechen, und zwar ganz im Sinne des Protokolls, den Frau Margarete Rix meisterhaft sprach.

Da der Verein erstmals seinen aktiven und passiven Mitgliedern Ehrungen zuteil werden ließ, konnte eine größere Anzahl für ihre neuen langjährigen Mitgliedschaft solche erhalten. Zunächst nennen wir die Sänger, welche Ring und Diplom erhielten, und jeden jeweils in Klammern die Zahl der Jahre ihrer ununterbrochenen Zugehörigkeit bei: Wilhelm Schmidt (40 Jahre), Franz Adler (28), Friedrich Beck (26), Fritz Gersbacher (24), Heinrich Spachholz (23), Gottlob Wolf (21); den Ring erhielten: Otto Geh (19), Max Kling (18), Richard Feurer (18), Max Kühn (18). Diplome erhielten die Ehrenmitglieder: Franz Nagel (37), Adolf Kling (36), Emil Hammerger (35), Thomas Herr (31); desgleichen die passiven Mitglieder: Adolf Tomas (30), Julius Langenstein (29), Friedrich Kirchmayer (28), Samuel Schwarz (31).

Eine Konzertsängerin aus Mannheim, Fräulein Gusti Lieber trat mit einer Reihe von Liedern hervor und wußte sie in künstlerischer Art sehr fein und musikalisch zu gestalten. Das Organ ist sehr bequem, von großer Festigkeit und belundet eine solide gelungene Durchbildung. Die Musiksprache wurde gut behandelt, wodurch die Verfolgung des Textes unnötig wurde. Sie konnte mit einer Zugabe für den wohlwollenden Beifall danken. Ueber die Singkunst von Kammerfänger Jan van Gorkom Worte zu verlieren erübrigt sich. Es genügt die Feststellung, daß der beliebte Künstler sich einen großen Erfolg holte und mit dem paderben Lied „Drei Worte“ von Hermann den Dank für den Beifall quittierte. Am Klavier sah Musikdirektor Wunz. Er schenkte dem Verein einen markigen Sängerspruch, der an diesem Abend zum ersten Mal erklang.

Schöffe und Geschworene zuzulassen. Die zweite verlangt Drucklegung und Verteilung des Vorwärtsartikels der Genossin Todesfrage über die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse. Die dritte ist ein Gruß an die Frauen und Mütter Oberschlesiens und bringt den Stolz der sozialistischen Frauen zum Ausdruck auf die Art, wie die proletarischen Frauen Oberschlesiens ihr Leben tragen.

Von den vorliegenden Anträgen werden die, welche die nächste Frauenkonferenz betreffen, dem Parteivorstand überwiesen. Angenommen wird der Sympathieantrag für Oberschlesien, die Bevölkerungspolitischen Anträge der Genossin Quark, die Richtlinien der Referenten Wunz-Schöffe, der Protest gegen die noch immer nicht erfolgte Zuziehung der Frau zum Schöffen- und Geschworenentum. Abgelehnt wird der Antrag auf Verteilung des Vorwärtsartikels über die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse aus technischen Gründen. Zurückgezogen wird der Antrag Hamburg über obligatorische Pflanzung der „Gleichheit“. Der Antrag auf Schaffung eines Aktionsprogramms wird dem Parteitag, die schulpolitischen Anträge dem Bildungsausschuß überwiesen. Angenommen wird ferner eine Resolution für Abschaffung der Todesstrafe und ein Antrag gegen indirekte, aber für Luxussteuern. Der Antrag München, einen Appell an die Frauen der ganzen Welt zu richten, um im Geiste des Friedensgedankens eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen, wird angenommen. Der Appell soll durch eine entsprechende Veröffentlichung in der „Gleichheit“ erfolgen.

Damit sind die Arbeiten der Frauenkonferenz erledigt. In ihrem Schlusswort wies Frau Juchacz einen Rückblick auf die dreieinhalb arbeitsreichen Tage der Wohlfahrts- und Frauenkonferenz. Ueber der Wissenschaft und Praxis der Wohlfahrtsfragen werden die Frauen nicht die Kapitulation für den Sozialismus und die Bildung von Menschen für den Sozialismus verweigern. Sie werden für den Sozialismus arbeiten, weil sie an seine Ideen glauben und um ihre Richtigkeit wissen: Aus Liebe zur Menschheit, aber auch um den einzelnen Menschen willen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Sozialismus schließt Frau Juchacz die Frauenkonferenz.

Agrarische Steuerdrückberger

Der Landbund ist eine Vereinigung zur unerschämten Wahrnehmung der Interessen der Agrarier. Das ist eine bekannte Tatsache. Wie erfolgreich er aber in seinem Wirken ist, mit welcher Gerissenheit er sich auf alle Gebiete erstreckt, ist noch nicht so allgemein bekannt. Von Zeit zu Zeit allerdings erhält man interessante Einblicke in dieses Treiben. So können wir heute folgendes „vertrauliches“ Schreiben veröffentlichen, das der Landbund der Provinz Sachsen (Rechts- und Steuerabteilung) an seine Mitglieder versendet. Es beschäftigt sich mit dem einflussreichen Reichsnotopfer und der Veranlagung des landwirtschaftlichen Grundvermögens. Es hat folgenden Wortlaut:

Durch Verfügung des Reichsfinanzministeriums vom 1. Juni 1921 sind die Finanzämter angewiesen, der Errechnung der Durchschnittserträge landwirtschaftlich genutzter Grundstücke für die Veranlagung (auch schon die einseitigen) zum Reichsnotopfer den Ertrag der Wirtschaftsjahre 1912/13 bis 1919/20 zu Grunde zu legen. Damit ist das große Aufschlagsverfahren (Wohlfahrtsbeitrag plus Zuschlag von etwa 60-120 Prozent davon im Saalpreise) aufgehoben. Nach den uns vorliegenden Ergebnissen aus durchgeführten landwirtschaftlichen Betrieben bleibt man bei der Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Jahreserträge der acht Jahre 1912/13 bis 1919/20, Teilung der Summen durch 8 und Vervielfachung des so ermittelten Durchschnittsertrages gemäß § 18 des Reichsnotopfergesetzes und § 152 der Reichsabgabenordnung mit 20 bisweilen noch unter dem Rebrbeitragwert, jedenfalls aber im allgemeinen unter dem vom Finanzamt angelegten Zahlungswert. Für eine Zurückziehung der Einsprüche gegen den einflussreichen Reichsnotopferbeitrag liegt demnach keine Veranlassung vor, um so weniger als nach Artikel 2 des Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das Reichsnotopfer und die Kriegsabgabe vom 6. Juli 1921 N.O.B.I. 842 im Einspruchsverfahren gegen den einflussreichen Reichsnotopferbeitrag Gebühren nicht erhoben werden.

Dieses Schriftstück belegt, daß die Großagrarier mehr erreicht haben, als sie eigentlich wollten. Bei der Beratung des Reichsnotopfers forderten sie eine Veranlagung nach dem Wehrbeitrag des Jahres 1913. Das wurde von der Nationalversammlung abgelehnt, da die Landwirte sonst im Vergleich zu anderen Schichten zu gut weggekommen wären. Sie haben ihren Willen trotzdem durchgesetzt. Nach der Verfügung des Reichsministers zahlen sie nach dem eigenen Eingeständnis der Rechts- und Steuerabteilung des Landbundes Sachsen teilweise noch weniger wie bei der Veranlagung nach dem Wehrbeitrag. Das beweist, daß die Landwirte nicht nur während des Kriegs kaum Steuern gezahlt haben, sondern auch nach jetzt die Möglichkeit haben, auf Grund ihrer früheren Steuerdrückberger das Geschäft gründlich fortsetzen zu können. Und das zu einem Zeitpunkt, da mehr als acht Zehntel der direkten Steuern aufgebracht werden durch die vierzehnten Steuerzahler vom Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Steuerkraft der Hohenzollern?

Der Vorwärts beschäftigt sich in verschiedenen Aufsätzen mit einer angeblichen Steuerkraft der Hohenzollern und behauptete, doch aus den 25 Millionen betragenden Ueberschüssen der Hofkammer für 1920 10 Millionen Mark durch unzulässige Umänderungen dem Zugriff der Steuerbehörden entzogen seien. Hierzu teilt der Preussische Reichsdienst den „P. R.“ mit: Die vom „Vorwärts“ wiedergegebenen Angaben waren dem preussischen Finanzministerium nicht bekannt, und konnten auch noch im unmittelbaren Anschluß an die Beschlagsnahme im November 1918 für die Heberhebung der Hofkammerausgaben festgestellt und erst neuerdings geändernden Grundrissen nicht bekannt sein. Infolge der Veröffentlichung im „Vorwärts“ hat das Preussische Finanzministerium sofort eine Prüfung der ganzen Angelegenheit angeordnet, deren Ergebnis demnächst der Presse mitgeteilt werden wird.

Kampf gegen den Lohnabbau in Basel

Basel, 19. Sept. Die Basler Arbeiterschaft befindet sich seit einigen Tagen in sehr starker Erregung, daß die Basler Industrie voran die chemische Industrie und das Baugewerbe mit dem Lohnabbau Ernst machen wolle. Die Unternehmungen der chemischen Industrie und des Baugewerbes haben ihren Arbeitern durch Anschlag bekannt gegeben, daß mit Wirkung vom 1. Oktober an die Löhne um 10 Prozent gesenkt werden. Angeführt der immer noch im Steigen begriffenen Löhne und Lebensmittel und Bedarfsartikel will sich die Arbeiterschaft diesen Anschlag nicht gefallen lassen und setzt sich zur Wehr. Eine Versammlung von Vertretern aller Arbeitergewerkschaften besaßte sich am Samstag nachmittags mit dem Lohnabbau. Einmütig ging die Meinung dahin, daß der

Kampf gegen den Lohnabbau nicht ein Kampf der einzelnen Branchen und Kategorien, sondern ein Kampf der gesamten Arbeiterschaft sein müsse. Unter allen Umständen und selbst mit dem Mittel des Massenstreiks müsse der Anschlag auf die Lohnföhrung abgelehnt werden. Der Vorstand der Arbeiterunion Basel hat von der Versammlung weitgehende Vollmachten erhalten, im gegebenen Augenblick rasch und unverzüglich zu handeln, sobald also in Basel in den nächsten Tagen bereits wieder mit einem Generalstreik zu rechnen ist, wenn die Unternehmer-schaft nicht inzwischen einlenkt.

Aus der Partei

Leitungsreferent, 19. Sept. Das Fest der fibernen Hochzeit begingen am Sonntag die Eheleute Roswitha Ott, Maurer. Wir gratulieren herzlich und wünschen dem Genossen und der Genossin, daß es ihnen vergönnt sein möge, das Fest der goldenen Hochzeit ebenfalls miteinander zu erleben.

Gemeindepolitik

Konstanz, 17. Sept. Der Konstanzer Bürgerausschuß hat gestern über 11 Vorlagen zu beraten; das Kollegium war aber gestern in der Oppositionsstimme, weil ihm aus der Bürgerschaft wiederholt der Vorwurf gemacht worden war, der Bürgerausschuß sei eine Bewilligungsmaschine. Der Ratweil, daß dem nicht so sei, wurde nun gestern gründlich geliefert. Nur weniger als fünf stadträtliche Vorlagen wurden vom Bürgerausschuß abgelehnt, eine wurde zurückgezogen und nur fünf unwesentliche Vorlagen fanden Zustimmung. Abgelehnt wurde die Anforderung von 143 000 M für eine Turnhalle im Stadtteil Allmatsdorf, ferner zwei Erbbaurechte, ein Grundstückskauf und ein Darlehen an die Gemeinnützige Bauarbeitersgenossenschaft. Bei der letzteren Vorlage kam es zu einem heftigen, sachlichen Kampf zwischen Mittelstand und Arbeiterschaft. Die Handwerker trugen mit 34 gegen 31 Stimmen einen knappen Sieg davon. Die Vorlage wurde aus prinzipiellen Gründen abgelehnt.

Soziale Rundschau

Prüfungstellen für Sozialbeamtinnen. Als Prüfungsstelle für die staatliche Prüfung von Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtsassistentinnen wurden anerkannt: die soziale Frauenschule des Badischen Frauenvereins in Karlsruhe, die Evangelische Frauenberufsschule für kirchliche und soziale Arbeit in Freiburg und die sozialpolitische Frauenschule in Freiburg.

Gewerkschaftliches

Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften für kaufmännische Angestellte. Das Ergebnis der in diesen Tagen in Berlin stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahlen beleuchtet die Lage ein Gebiet, das die Interessierten in vielen Fällen durch direkte Tatsachen-Verbreitung zu verschleiern versuchen. Im Kampf um die Zahl der Angestellten-Beiziger standen sich der freigewerkschaftliche Zentralverband der Angestellten, der Christl. deutsche nationale Handlungsgehilfenverband verbindet mit dem Verband für weibliche Angestellte und dem Deutschen Kaufmannsverein und der Gewerkschaftsbund der Angestellten gegenüber. Und wie ist nun das Ergebnis dieser größten Vertrauenskundgebung der Angestellten, die jemals in Deutschland stattgefunden hat? Der Zentralverband der Angestellten erhielt 124 Beiziger, der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband zusammen mit dem Verband für weibl. Angestellte und dem Kaufmannsverein 66 Beiziger, der Gewerkschaftsbund der Angestellten (über Berlin), Leipziger Verband, Verein der deutschen Kaufleute, Deutscher Privatbeamten-Verband usw. 42 Beiziger, das heißt, die einzige freie Gewerkschaft für kaufmännische Angestellte erhielt allein 16 Sitze mehr als alle diese anderen Verbände zusammen. Wenn irgend eine Feststellung geeignet ist, ein Bild der gewerkschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Angestelltenenschaft zu geben, so ist es gewiß der Ausgang dieses von allen Interessierten heiß betriebenen Wahlkampfes. Man trägt sich nur, wie angesichts solcher Tatsachen es noch der Deutschenationale Handlungsgehilfen-Verband fertig bringen kann, sich als größte Gewerkschaft für kaufmännische Angestellte zu bezeichnen.

Ein böser Ortsanfall des neuen Deutschen Techniker-Verbandes. Der Ortsauschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Durlach hat im „Durlacher Tagblatt“ Nr. 215 und 216 mit hochtragenden Worten die Angehörigen der betreffenden Bezirke zur Gründung einer Ortsgruppe des Neuen Deutschen Techniker-Verbandes in Durlach aufgeufen. Ein Merkmal: „Unsere Ziele, und unsere Arbeit“ wurde angehängt. Die Versammlung war von etwa 100 Ingenieuren, Technikern und Werkmeistern besucht. Leider konnte die Versammlung aus den Worten des Referenten über die Ziele und die Arbeit des N. D. T. V. gar nichts entnehmen, sondern sie bekam nur eine 2 Stunden lange Vorlesung von Schmachartikeln und Vereumdungen gegen die Afa-Verbände zu hören. Wie die äußerst reiche Diskussion ergab, wurde aus allen Berufen die wenigen eigenen Kopf einschringenden Ausführungen des Referenten in sachlicher Weise widerlegt und Beweise erbracht. Die Stimmverteilung des Redners ging soweit, daß man schließlich an klaren Verstand bestanden zweifelte. Endlich sah die Versammlung folgende Resolution, gegen die sich nur 4 Stimmen wendeten: „Die in der Versammlung des N. D. T. V. amfenden Ingenieure und Techniker sehen in der Gründung der Ortsgruppe Durlach, sowie in dem Verband selbst eine Gefahr für die Angestelltenbewegung und protestieren gegen die Gründung.“

Badische Politik

Der Entwurf über das Wohnungsabgabegesetz. Man schreibt uns: Der Entwurf über das Wohnungsabgabegesetz, wie er dem Landtag vorliegt, ist in Wesentlichen, die mit den interessierten Verbänden abgehalten wurden, im allgemeinen gutgeheißen worden. Nur von einer Anzahl Bürgermeister mittlerer Städte wird in den letzten Tagen Opposition gegen die Bestimmung über die Bezirkswohnungsverbände gemacht. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, ist an die Gemeindevverwaltung der mittleren Städte eine Resolution verhandelt worden, die den Bürgerausschüssen zur Annahme empfohlen wird. Gegen diese Art von Opposition muß entschieden Stellung genommen werden. Den Bürgerausschüssen wird natürlich nicht das ganze Gesetz vorgelegt, sondern nur einige Bestimmungen aus dem Zusammenhang herausgerissen und daran dann die Behauptung knüpft, die Interessen der mittleren Städte würden dadurch geschädigt. Wer das Wohnungsabgabegesetz und seine Begründung liest, wird von einer Schädigung der mittleren Städte nichts bemerken können. Jeder Eingeweihte weiß auch, daß eine Bewegung gegen diese Bestimmung nur künstlich entfacht wird von einer Anzahl Bürgermeister, welche glauben, sie müßten in der Wahrung ihrer Selbstständigkeit soweit gehen, daß sie nicht notwendig hätten, mit anderen Bürgermeistern oder mit einem Ausschuß gemeinsam an einen Tisch zu sitzen. Die Genossen in den Bürgerausschüssen sollen deshalb die vorgelegte Resolution genau befehen, und

Die Entlastung der Gerichte. Der Landtagsausschuß für Rechtsplege und Verwaltung führte am Samstag die Beratung des Gesamtentwurfes zur Ausführung des Reichsgerichtes zur Entlastung der Gerichte zu Ende. Das Justizministerium wird ermächtigt, Gerichtsschreiber mit der selbständigen Erledigung von Geschäften auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu beauftragen, die nach landesrechtlichen Vorschriften durch den Richter vorzunehmen sind. Weiter wird es ermächtigt, zu bestimmen, welche Geschäfte an Stelle des Notars oder Grundbuchbeamten ein Sekretariatsbeamter selbständig erledigen darf. Die vom Justizministerium getroffenen Anordnungen sind dem Landtag alsbald vorzulegen.

Norddeutsche Wahlagenten des Landbundes. Die Leitung der Zentrumspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Aus verschiedenen Teilen des Landes kommt die Mitteilung, daß ehemalige Offiziere oder Studenten aus dem Norden sich als Wahlagenten in den verschiedenen Gegenden niedergelassen haben. Ihre Aufgabe scheint zu sein, für den Landbund Stimmen zu sammeln und gegen die bestehende Ordnung Stellung zu nehmen. Wir machen auf diese neundemokratischen Vorkommnisse aufmerksam und bitten unsere Freunde, gar keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir diese nordischen Agenten ablehnen. — Sollten sich diese lästigen Nordländer auch in Arbeiterversammlungen zeigen lassen, werden sie jedenfalls gebührend empfangen und behandelt werden.

Die sieben Wahlkreise. Das badische Landtagswahlgesetz teilt bekanntlich das ganze Land in sieben Wahlkreise. Davon umfaßt der erste Wahlkreis die Kreise Konstanz und Balingen, der zweite die Kreise Waldshut und Lörrach, der dritte den Kreis Freiburg, der vierte die Kreise Offenburg und Baden-Walden (die Kreise Kehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Wolfach, Achern, Baden-Baden, Bühl und Rastatt), der fünfte den Kreis Karlsruhe (die Kreise Bretten, Bruchsal, Durlach, Ellingen, Karlsruhe und Rorheim), der sechste den Kreis Mannheim und der siebente die Kreise Heidelberg und Mosbach.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

I. Jena, 16. Sept. 1921.
Fünfter Verhandlungstag

Die Diskussion über den Geschäftsbericht

wird fortgesetzt.

Wahl-Vielseid (SPD) eröffnete die dritte Rednergarnitur. Er erinnert daran, daß seine Freunde schon in Stuttgart gesagt haben, daß auch der neue Vorstand durch die Verhältnisse gezwungen sei, sich auf den Boden der praktischen, positiven Gewerkschaftsarbeit zu stellen. Diese Voraussage habe sich bestätigt. Die in Stuttgart angenommene Resolution Dymann stand nur auf dem Papier, es wurde nicht nach ihr gehandelt. Dettlinghaus gab gestern zu, daß ihr Vorgehen in Stuttgart dem Sachverhalt nicht entspricht. Wir haben Euch nie geholt. (Stürmische Zustimmung der Mehrheit.) „Nur Vieh soll uns zusammenketten, wir freiden aus die Bruderhand!“ Nach diesem Grundsatz handeln wir. Was die Kommunisten wollen, wären Eisenbarren für die Gewerkschaften. Die Kommunisten haben unantwortlich an der deutschen Arbeiterkraft gehandelt. Wir hätten in Deutschland keine Orgesch, keine Stahlhelmorganisationen, wenn... (Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten.) Die Dinge ständen in Deutschland besser, wenn Ihr (zu den Kommunisten) den Kampf der Arbeiter nicht zum gemeinen Strohstüm der Masse gemacht hättet. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die von der USR. eingebrachte Resolution macht viel Worte, enthält aber nichts, was als Programm angesprochen werden kann. Sie ist sehr matt. In unserer Resolution sind die notwendigen Forderungen sehr unrisen aufgestellt. Sie stellt den Boden dar, auf den die beiden sozialistischen Fraktionen treten können. (Lebhafte Beifall.)

Regler-Heilbrunn (USR) meinte, bei einigermaßen gutem Willen wäre ein gemeinsames Vorgehen beider sozialistischer Richtung möglich gewesen. Was trennt USR. und SPD? Die Frage Diktatur oder Demokratie ist nicht voll geklärt. Wir haben die Demokratie nie abgelehnt. Wir glauben nur nicht daran, daß nur die Demokratie allein uns den Sozialismus bringt. Balcher sagte, daß der Vorstand vor Kämpfen zurückzuckt. Das ist nicht richtig. So feibel und leichtfertig wie beim Märzputsch kann der Vorstand nicht handeln. (Sehr richtig!) Die Einigung muß auch mit den Kommunisten kommen. Sie wird eintreten, wenn sie sich von Sowjetrußland freimachen. (Beif.)

Wahl-Vielseid (SPD): Der Verbandstag muß klipp und klar feststellen, wie weit es möglich ist, einen einheitlichen Weg zu marschieren. Die Resolution der USR. richtet ihre Spitze gegen die Kommunisten. Dymann sagte, daß man nicht von ihnen her den Gewerkschaften eine Parole geben darf. Vor kurzem hat die USR. in dieser Frage eine andere Stellung eingenommen. Am 18. Oktober v. J. erließ die Zentrale der USR. einen Aufruf, der für die gewerkschaftliche Tätigkeit der USR. Mitglieder bestimmte Richtlinien gab. Was heißt dies anders, als die politische Auffassung in den Gewerkschaften zum Durchbruch zu bringen? Was würde Dymann sagen, wenn die Mehrheit die Resolution der USR. durchführen würde? Das hieße Ausschluß der USR.-Kollegen aus dem Metallarbeiterverband. Ich treue mich, daß die Kollegen der SPD. in dieser Frage einem anderen Standpunkt einnehmen. Wir hatten in der USR. auch eine Gewerkschaftszentrale, die den Parteigenossen Anweisungen gab. Dymann war der spiritus rektor der Gewerkschaftszentrale der USR. und heute bekämpft er uns, weil wir das gleiche tun. Auch die Kollegen von rechts haben das gleiche getan. Gewiß, sie können sich darauf berufen, daß sie durch das Vorgehen der USR. und der SPD. dazu gezwungen waren. Bleiben wir doch offen und ehrlich! Es wäre verbandsschädigend, wenn man die Kollegen der SPD. außerhalb des Verbandes stellen würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach Wahl, der am geschäftigsten von den SPD.-Rednern gesprochen hat, folgte die allgemeine Debatte mit 10 Minuten Redegeld. Die Delegierten besprachen meist Einzelfragen im Organisationsleben. Das Wort wurde fraktionsweise erteilt.

Schlusswort

erhielt dann Dymann, der zunächst auf Einzelvorschläge einging, um dann zu den großen Fragen Stellung zu nehmen. Die Verschärfung des Haas, daß der Vorstand bei Anstellungen im Verband eine Richtung bevorzuge, sei unbillig. Redner gibt aber zu, daß man über einzelne Anstellungen verschiedener Meinung sein könne, die Ansicht über die Qualifikationen der einzelnen sei ver-

schieden. In der Frage der Ausschüsse aus dem Verband habe der Vorstand recht getan. Es ist planmäßig, mit Methode, daran gegangen worden, eine Organisation innerhalb der Organisation zu schaffen. Das Verbandsgetriebe ist in hunderten Fällen von den Kollegen der SPD. geschädigt worden. Millionen an Unterstützungen hat uns das Treiben der SPD. gekostet. Das Schlimmste ist aber, daß dadurch die Widerstandskraft der Kollegen gegenüber den Unternehmern geschwächt worden ist. Gegenüber den Ausführungen von Wahl möchte ich sagen: Wer von den Kollegen der SPD. ist eingegangen auf die Streitfrage Moskau oder Amsterdam? Wer ist eingegangen auf die Richtlinien des Parteitagess der SPD.? Wer ist eingegangen auf die Beschimpfungen, wie seien „gelb“? Warum nicht, weil man es auf dem Verbandstag gar nicht wagen kann! (Stürm. Zustimmung.) Wahl hat Mitteilungen aus den Beratungen im engsten Schilde der Partei gemacht. Sie werden verstehen, wenn ich ihnen auf diesem Wege nicht folge. Ich kann rechtfertigen, was wir getan haben, und auch die Kollegen der SPD. werden unser einmaliges Vorgehen verstehen. Gegenüber den Ausführungen von Haas will ich sagen: Ich möchte nicht Einzelheiten der letzten Jahre aufwählen und dadurch das dünne Band des Zusammenkommens wieder zerschneiden. (Sehr richtig!) Kartellgemeinschaften haben mit Arbeitsgemeinschaft nichts zu tun. Wenn die Außenhandelsstelle eine Einrichtung der Regierung ist, dann können wir dort mitarbeiten. (Ja also!) Die Notwendigkeit, im Eisenhandelsstand mitzuarbeiten, haben wir anerkannt. Deutschlands ökonomische Entwicklung ist reif, um von dem Proletariat umgewandelt werden zu können zu einer sozialistischen Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe immer gesagt, daß wir uns auf den Boden der ökonomischen Tatsachen stellen müssen. Die Kollegen der SPD. sagen, und siehe der Mühsam Kampf, die Konsequenz. Nein, das fehlt uns nicht.

Am Schlusse seiner über zweistündigen Ausführungen besprach Dymann die vorliegenden Resolutionen. In ihnen Resolutionen hätte die USR. jeden Hinweis auf Moskau vermieden. Wo bleibe da der Mühsam und die Konsequenz? Die Resolutionen der SPD. und der USR. enthalten nichts was man nicht gemeinsam annehmen könnte. Ich hoffe, daß die Zeit bald kommt, wo wir aller wieder in Reih und Glied festen Schrittes auf dem Boden des proletarischen Kampfes, proletarischer Treue zusammenwirken. (Stürmischer Beifall.)

Um 1 1/2 Uhr trat die Mittagspause ein.

Nachmittags- und Abendtag

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Wahl Kenntnis von einer Erklärung der SPD.-Fraktion auf die Anfrage des Kollegen Kummer, wie sie sich zu den gewerkschaftlichen Richtlinien des Jenaer Parteitages der SPD. stelle.

Die Richtlinien des Jenaer Parteitages für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften verpflichten die Kommunisten nicht zur Durchführung des Verbandstatutes oder irgend welcher Verbandsbeschlüsse. Wir halten es für unsere Pflicht, die seit Monaten von Gewerkschaftsorganen und dem Vorstand verbreiteten Behauptungen, die Kommunisten wollten Beschlüsse der Organisation durchbrechen oder die Gewerkschaften auf Anweisung von Moskau oder ihrer Parteizentrale verlassen, als Verleumdung zurückzuweisen. Wir erklären aber weiter, daß wir uns nicht das Recht nehmen lassen, innerhalb der Grenzen des Verbandstatutes auf die Aenderungen der nach unserer Meinung falschen Verbandsbeschlüsse hinzuwirken.

Dann wurde zur Erledigung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge geschritten. Der größte Teil der Anträge wird als durch die zu beschließende allgemeine Resolution, deren Wortlaut von Vertretern der SPD. und USR. noch feilgelesen wird, als erledigt betrachtet. Ein weiterer sehr großer Teil der Anträge wurde dem Vorstand zur Verurteilung zugewiesen. Die Anträge überwiegen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, folgende Beschlüsse an die zuständigen Stellen zu versenden: 1. Aufhebung des Verbandsstatutes, 2. Aufhebung der Sondergerichte, 3. Aufhebung der Orgesch. Mit großer Mehrheit für die Annahme, der dem Vorstand verpflichtete, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Verurteilung von Kriegsmaterial und Kriegsmaterial zu unterbinden.

Die Generalversammlung trat hierauf in die Statutenberatung

ein. Für die Statutenberatungskommission berichtete Thurn-Klein, der zunächst den Standpunkt der Kommission zu grundsätzlichen Fragen präziserte. Einen Abbau der Unterstützungen hat die Kommission einstimmig abgelehnt. Sie schlägt eine wesentliche Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungssätze vor. Die Beiträge sollen in der 1. Klasse von 3 auf 4 M. und in der 2. Klasse (weibliche und jugendliche Mitglieder) erhöht werden. Eine dementsprechende Erhöhung der Erbschaftsteuer, die Klasse, die Streit- und Gemahrgeldunterstützung erfahren. Die Umzugsunterstützung und das Sterbegeld sollen nicht erhöht werden.

In diesen Bericht schloß sich eine Generaldiskussion, die halb durch die Spezialberatung abgelöst wurde.

Abends 9 Uhr wurden die Verhandlungen vertagt.

Jugend und Sport

Wieder ein neuer Streiter. In Obergrombach ist der Fußballklub „Allemannia“ dem Arbeiter-Turn- und Sportbund beigetreten. Dem jungen Streiter ein gutes Glück und Gedulden!

Kleine Nachrichten

Kandel. In der Abteilung „Waldschäfer“ des hiesigen Gemeindefeldes wurde ein Liebespaar, der 20 Jahre alte Karl Rabinger und die 15 Jahre alte Lina Kuber, beide von Kandel, erschossen aufgefunden. Rabinger hatte die Kuber und dann sich mit einem Revolver getötet.

Dronheim. Ein Sonderzug, der die Teilnehmer bei der Eröffnung der Dore-Bahn südwärts brachte, stieß aus unbekanntem Ursache am Südbahnhof des Mareis-Tunnels mit einem fahrgastbesetzten Zug zusammen. Die beiden ersten Wagen des Sonderzuges wurden vollständig zerrinnert. Sechs Personen fanden den Tod. Auch viele Verwundete sind zu verzeichnen.

Stuttgart. Das württembergische Landespolizeiamt macht durch Plakatschlag bekannt, daß Schulz und Allesen die beiden Mörder Erbergers, vom 14. bis 17. August ds. Js. unter ihren richtigen Namen im Gasthaus zum „Bädelchen“ in Stuttgart und am 19. Aug. unter dem Namen Rudolf Bielele in Stuttgart, aus Würzburg und Ernst Beckner, Kaufmann aus Jena, im Gasthaus zum „Engel“ in Ulm gewohnt haben. Gleichzeitig werden die Bilder der Weiben veröffentlicht.

Winnau. Der 23jährige verheiratete Tagelöhner Ludwig Schmal aus Winnau wurde vom Volksgeschicht Kempen zum Tode verurteilt. Er hatte den Tagelöhner und Händler Peter „der kleiner“ niedergeschlagen, weil er sich beim Verkauf seiner Einrichtung überboten glaubte.

Meina. Die Stadterordnetenversammlung in Rating bewilligte zur Vertilgung der Ratten und Mäuse, die in erschreckender Weise überhand nehmen, vorläufig die Summe von 100 000 Mark.

Frankfurt a. M. Hohe Belohnung ist auf die Ergreifung von Tätern ausgesetzt, die in Niederhaußen bei Frankfurt a. M.

eine unbewohnte Villa anströmten. Es wurde eine Masse Silberzeug, Servierplatten, 80 verschiedene silberne und vergoldete Köffel, Kleider und anderes im Gesamtwert von 400 000 M. gestohlen.

Vermerheim. Die Befestigungsanlagen, die 1894 unter d. Schauss begonnen wurden, sind zum großen Teil bereits geschlossen; doch dürfte der vorgesehene Termin 1. 10. 21. wohl nicht ganz eingehalten werden können. An acht Stellen ist der Wall niedergelegt. Die Vorkerter und Feldbefestigungen sind geschlossen und die langen Befestigungsgräben zugeschüttet. Hunderte von Arbeitern, z. T. Erwerbslose, sind mit der Einbringung der Wälle beschäftigt. Ein Teil des Baumaterials darf für Höfen und Wohnbauten in Speyer verwendet werden, anders wird durch Sprengungen zerstört.

Berlin. Wie der „Berl. Volksanzeiger“ aus Liebenberg in der Mark meldet ist Jüriß Philipp von Eulenburg im 75. Lebensjahr gestorben.

Berlin. Wie die Blätter melden, wurde eine vom Verein der Bernauer und Umgegend gestern in Bismarcksdorf bei Bernau veranstaltete Tannenbergfeier von Angehörigen der Linksparteien gesprengt.

München. Auf dem Oktoberfest auf der Theresienwiese brach heute nachmittag der Boden einer mit Menschen dicht angefüllten Plattform eines Ausschütturms. Durch den Sturz in die Tiefe wurden, wie verlautet, 30 Personen zum Teil schwer verletzt.

Berlin. Der Gemeindevorsteher von Hefelgand, Bürgermeister Pagenß, legte sein Amt nieder. Er galt als einer der ersten, welcher mit der Vertreibung von Deutschland sympathisierte.

Berlin. Der verhaftete Frauenmörder Großmann hat jetzt einen neuen Verb in einem Mädchen gesucht. Seine Wohnungsgenossin Frau Jäger wurde wegen Beihilfe verhaftet. Großmann hat bereits eine 14jährige Juchhausstrafe wegen Notzucht hinter sich. Zwei seiner Brüder sind sadistische Verbrecher.

Genf. Zwischen einem Demonstrationszug der allgemeinen Gewerkschaften und der Straßenbahn, die rote Fahnen mitführten, und der Polizei kam es zu Zusammenstößen. Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.

Zur Einführung der Familienversicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe

Von W. Gaf, Gewerkschaftssekretär

Schon fast 20 Jahre sind verfloßen, daß sich Vorstand und Generalversammlung der Allgem. Ortskrankenkasse mit der Einführung der Familienversicherung befaßten. Leider fanden den damaligen Bestrebungen auf Gewährung freier ärztlicher Hilfe an die Angehörigen der Kassenmitglieder stets die hohen arztlichen Forderungen gegenüber, woran dann immer die Einführung scheiterte. Natürlich erfordert die Gewährung ärztlicher Hilfe auch auf beschränkte Zeit (13 Wochen), heute mehr Mittel wie früher, doch sind die Verhältnisse zwischen Krankenkassen und Ärzten seit dem Schiedspruch im Reichsarbeitsministerium vom 1. Juni 1920 in bezug auf die Abgeltung der ärztlichen Leistungen bei Familienangehörigen von Kassenmitgliedern auch geregelt, so daß es bei der Anschaffung der ärztlichen Behandlung auf die Familienangehörigen der Kassenmitglieder weiterer Verhandlungen nicht bedurfte.

Da die Ortskrankenkasse Karlsruhe durch die geschiederten Verhältnisse nicht in der Lage war, freie ärztliche Hilfe an die Angehörigen der Mitglieder zu gewähren, wurden für die Familienangehörigen sonstige, nach der R.V.D. zulässige Mehrleistungen zur Einführung gebracht. So wurde für die verheirateten Ehefrauen der Mitglieder freie Gebarmantenhilfe gewährt, Sterbegelder für Ehefrauen und Kinder eingeführt, das Sterbegeld der Kassenmitglieder wurde auf den 25fachen Betrag des Grundlohnes erhöht, das Hausgeld für im Krankenhaus, in einer Heilanstalt oder Erholungsheim untergebrachte Kassenmitglieder, welche aus ihrem Arbeitsverdienst Angehörige unterhalten mußten, wurde auf 60 Prozent des Grundlohnes erhöht, des weiteren wurde ein Zuschlag für ledige Kassenmitglieder, welche in einem Krankenhaus usw. untergebracht wurden, beschlossen. Die Wochenhilfe und Wochenfürsorge für Familienangehörige von Kassenmitgliedern ist durch Besch. vom 26. Sept. 1919 und 7. Juli 1921 als Pflichtleistung den Krankenkassen übertragen worden.

Die gesetzliche Einführung der Familienversicherung, d. h. die Gewährung freier ärztlicher Hilfe und Medikamente an die Angehörigen der Kassenmitglieder wurde nach dem Kriege immer dringender, da die Arzt- und Apothekerkosten eine solche Höhe erreicht haben, daß es einer Arbeiterfamilie schlechterdings unmöglich geworden ist, aus dem Verdienst diese Ausgaben zu bestreiten. Der Reichstag, der bad. Landtag, die Gesellschaft für soziale Hygiene und der Hauptverband deutscher Krankenkassen befaßte sich wiederholt mit dieser wichtigen sozialen Frage, und waren aller der Ansicht, daß die gesetzliche Einführung der Familienversicherung sobald wie möglich durchgeführt werden mußte.

Wenn nun auch die Familienversicherung bei der schon lange in Aussicht stehenden großen Reform der R.V.D. als Pflichtleistung den Krankenkassen aufgetragen wird, so glaubte doch der Vorstand und Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse nicht mehr länger zu warten zu sollen, um wenigstens den wichtigsten Teil der Familienversicherung, die Versorgung der Familienangehörigen der Kassenmitglieder mit ärztlicher Hilfe, schon vorher seinen Mitgliedern zu liefern. Deshalb beschloß der Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse im Mai ds. Js. der Vorlage des Vorstandes, welche die Leistung an die Familienangehörigen ab 1. Oktober vorsah, seine Zustimmung zu geben.

Um die Aufwendungen für die Gewährung der freien ärztlichen Behandlung an die Ehefrauen und Kinder bei der Entlassung aus der Volkshilfe decken zu können, wurde eine Beitragserhöhung von 1/2 Prozent beschlossen, und zwar ab 1. Juli ds. Js. Die Mehreinnahmen durch diese Erhöhung werden im Jahre rund 847 000 M. betragen. Für die ärztliche Behandlung der Familienangehörigen auf die Dauer von 13 Wochen im Kalenderjahr wurde der Betrag von 465 000 M. vorgesehen, während für erhöhte Krankenhausteile 200 000 M. für erhöhte Wochenfürsorge 80 000 M. und erhöhte Verwaltungskosten 100 000 Mark vorgesehen wurden.

Leider werden alle diese Summen nicht mehr ausreichen, da die Stadt die Verpflegungskosten im Krankenhaus ab 15. September von 22 M pro Tag auf 30 M erhöht hat, welche Erhöhung der Kasse wiederum mindestens 200 000 M. Mehrausgaben bringen wird. Durch das mit dem 7. August in Kraft getretene erweiterte Wochenfürsorgegesetz werden die vorgesehenen 80 000 Mark ebenfalls nicht ausreichen. Auch der vorgesehene Betrag von 465 000 M. für ärztliche Behandlung der Familienangehörigen wird durch inzwischen erfolgte Erhöhung der Arzthonore nicht genügen, und die Kosten für vermehrte Verwaltungsaufwand von 100 000 M. werden kaum ausreichen, da die verteuerte Lebenshaltung auch einen erhöhten Aufwand an Gehältern für die Angestellten bringen wird. Alle diese unersichtlichen Tatsachen müssen aber zurücktreten und überwunden werden, wenn es gilt, für die große Masse der werktätigen Bevölkerung auf dem Gebiete der Volksgesundheit Postivität zu schaffen.

Nach den bisherigen Erfahrungen und Beobachtungen in anderen Krankenkassen ist es nicht ratsam, bei der Einführung der

Familienhilfe auch gleich die Arzneien als Regelleistung mit einzuschließen, denn die Verschleifung der Kasse würde eine so gewaltige sein, daß die ganze Einrichtung sofort gefährdet würde. Es haben also ab 1. Oktober die versicherungsfreien (weder zwangs- noch freiwillig versicherten) Familienmitglieder des Kassenmitglied, welche in seinem Haushalte leben, nämlich die Ehefrau und die Kinder, bis zur Entlassung aus der Volksschule vom Beginn der Krankheit ab und für die Dauer von nicht über zusammen 13 Wochen im Laufe eines Kalenderjahres freie ärztliche Behandlung durch die im Amtsbezirk Karlsruhe wohnhaften Kassenärzte.

Werden außerhalb des Kassenbezirks wohnhafte Kassenärzte in Anspruch genommen, so werden auf Vorlage der Spezifizierten und quittierten Arztrechnung nebst Bescheinigung über Art und Dauer der Krankheit die Sätze bezahlt, wie sie von den im Kassenbezirk wohnhaften Kassenärzten zu berechnen gewesen wären. Ist die Aufnahme der Ehefrau oder eines Kindes des Kassenmitglied in ein Krankenhaus notwendig, so wird als Ersatz für die ärztliche Leistung M der Verpflegungskosten auf die Dauer von 13 Wochen erstattet. Dieser Berechnung ist der jeweilige Verpflegungssatz des städt. Krankenhauses in Karlsruhe zu Grunde zu legen. Die Zeit der etwa vorher stattgefundenen ärztlichen Behandlung wird in Abzug gebracht. Da die Verpflegungskosten im städt. Krankenhaus jetzt $30 M$ pro Tag betragen, stellt sich der Zuschuß für eine erwachsene Person auf täglich $7.50 M$.

Das Sterbegeld für die Ehefrau des Kassenmitglied wird auf $\frac{1}{2}$ für ein Kind im Alter unter 14 Jahren auf $\frac{1}{4}$ des für das Kassenmitglied festgesetzte jahresgemäße Sterbegeld bemessen. Das Sterbegeld im Betrage des 25fachen Grundlohnes beträgt zurzeit für:

Zohnstufe und Verbleib	Grundlohn	das Kassenmitglied	Die Ehefrau	Kindern unter 14 Jahren
I. bis 2.99 M	2.-	50.-	20.-	12.50 M
II. 3.00 - 4.99	4.-	100.-	40.-	25.-
III. 5.00 - 6.99	6.-	150.-	60.-	37.50
IV. 7.00 - 8.99	8.-	200.-	80.-	50.-
V. 9.00 - 10.99	10.-	250.-	100.-	62.50
VI. 11.00 - 12.99	12.-	300.-	120.-	75.-
VII. 13.00 - 14.99	15.-	375.-	150.-	93.75
VIII. 15.00 - 16.99	18.-	450.-	180.-	112.50
IX. 17.00 - 18.99	21.-	525.-	210.-	131.25
X. 19.00 - 21.99	24.-	600.-	240.-	150.-
XI. 22.00 - 24.99	27.-	675.-	270.-	168.75
XII. 25.- u. m.	30.-	750.-	300.-	187.50

Das Krankengeld beträgt bei Mehrleistungen täglich einsech. Sonn- und Feiertage in der I. Lohnstufe $1.20 M$, II. $1.40 M$, III. $1.60 M$, IV. $1.80 M$, V. $2.00 M$, VI. $2.20 M$, VII. $2.40 M$, VIII. $2.60 M$, IX. $2.80 M$, X. $3.00 M$, XI. $3.20 M$, XII. $3.40 M$.

Das Hausgeld beträgt bei Mehrleistungen in der I. Lohnstufe täglich $0.90 M$, II. $1.10 M$, III. $1.30 M$, IV. $1.50 M$, V. $1.70 M$, VI. $1.90 M$, VII. $2.10 M$, VIII. $2.30 M$, IX. $2.50 M$, X. $2.70 M$, XI. $2.90 M$, XII. $3.10 M$.

Das Krankengeld (sogen. Taschengeld für Lebige) beträgt in der I. Lohnstufe täglich $0.30 M$, II. $0.40 M$, III. $0.50 M$, IV. $0.60 M$, V. $0.70 M$, VI. $0.80 M$, VII. $0.90 M$, VIII. $1.00 M$, IX. $1.10 M$, X. $1.20 M$, XI. $1.30 M$, XII. $1.40 M$.

Es ist zu beachten, daß die ärztliche Behandlung der Familienangehörigen Sterbegelder für die Ehefrauen und Kinder des Kassenmitglied erst nach einer 26 wöchentlichen Mitgliedschaft bei der Kasse, oder auf Nachweis des Kassenmitglied, daß es in den letzten 12 Monaten bereits Anspruch auf mindestens 26 Wochen Mehrleistungen bei einer anderen Krankenkasse hatte, gewährt werden.

Das tägliche Krankengeld in obiger Höhe (60 Prozent des Grundlohnes), das Hausgeld (75 Prozent des Krankengeldes), sowie das Taschengeld (1/10 des Grundlohnes) für Lebige wird in obiger Höhe nur gewährt, wenn eine 26 wöchentliche Mitgliedschaft vorhanden oder das Kassenmitglied schon vorher bei einer anderen Krankenkasse Mehrleistungen zu beanspruchen hatte. Ist dies nicht der Fall, beträgt das Krankengeld nur 50 Prozent des jeweiligen Grundlohnes und zwar nur für Werktage, das Hausgeld nur 50 Prozent des Krankengeldes, und Taschengeld wird keines gewährt.

Der Anspruch der Kassenmitglieder auf Familienhilfe und andere Mehrleistungen hört mit dem Tode des Auscheidenden aus der Kasse auf. Deshalb kann nicht bringen genug geraten werden, beim Auscheiden aus der Kasse sich sofort freiwillig weiterzubehalten, sofern die Kassenmitglieder nicht von der Erwerbslosenfürsorge weiter gemeldet werden. Ist ein Kassenmitglied abgemeldet, hat es nach § 214 der A.-D. nur innerhalb der nächsten 8 Wochen Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, sofern es erwerbslos ist, und innerhalb der letzten 12 Monate für mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert war.

Da die Wochenhilfe und Wochenfürsorge für die Familienmitglieder gesetzlich geregelt ist, hat die Krankenkasse es nicht mehr nötig, für diesen Zweck der sozialen Fürsorge Mehrleistungen einzuführen, da nicht nur die Versicherten selbst, welche im letzten Jahr vor der Wiedereinstellung mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert waren, Anspruch auf ärztliche Behandlung bei der Entbindung, Wochengeld, Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von $100 M$ sowie Stillgeld haben, sondern auch die Frau des Versicherten, sowie jede Tochter oder Stiefmutter, die mit dem Versicherten im letzten Jahre vor der Wiedereinstellung mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist.

Aber auch jede minderbemittelte Deutsche, die keinen Anspruch als Selbstversicherte oder als Familienmitglied eines Kassenmitglied hat, erhält Wochenhilfe, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamtvermögen, oder falls sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von zehntausend Mark (bisher $4000 M$) nicht übersteigt hat. Für jedes vorhandene Kind kommen dazu noch $500 M$.

An Wochenhilfe ist zu gewähren: Für Mitglieder einer Krankenkasse, sofern dieselben obige Karenzzeiten absolviert haben: 1) Ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich ist. Diese Bestimmung tritt erst in Kraft, sobald die erforderliche Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen erreicht ist. Solange dies noch nicht der Fall ist, erhalten die Wöchnerinnen eine bare Beihilfe für Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden in Höhe von $50 M$. 2. Einen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von $500 M$ (bisher $50 M$). 3. Wochengeld für zehn Wochen in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens $4.50 M$ täglich (bisher $1.50 M$). 4. Stillgeld, falls die Wöchnerin ihr Kind stillt, für zwölf Wochen in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens $1.50 M$ täglich (bisher $75 M$).

Für Familienangehörige und Minderbemittelte wird obige ärztliche Behandlung ebenfalls gewährt, und, solange ein Abkommen mit den Ärzten nicht getroffen ist, teilt die Krankenkasse die Kosten der ärztlichen Behandlung den Beiträgen zu den Kosten der Dauer von zehn Wochen von $100 M$, und ein Wochengeld auf die Dauer von zehn Wochen im Betrage von täglich $3 M$. Das Stillgeld für Familienangehörige des Kassenmitglied und für Minderbemittelte beträgt $1.50 M$ täglich auf die Dauer von 12 Wochen.

Der Antrag zur Erlangung der Leistungen der Wochenhilfe resp. Wochenfürsorge stellen die selbstversicherten Kassenmitglieder und Familienangehörigen von Kassenmitgliedern an die betr. Krankenkasse. Die Minderbemittelten müssen ihre Anträge an das Versicherungsbüro ihres Wohnortes oder ihres Bezirks stellen. Die Auszahlung geschieht in beiden Fällen durch die Krankenkasse.

Es ist ratsam, den Antrag möglichst frühzeitig vor der Entbindung zu stellen. Stirbt eine versicherte Wöchnerin oder ein anspruchsberechtigtes Familienmitglied bei der Entbindung oder während der Unterstützungsberücksichtigung, so werden die noch verbleibenden Beiträge an Wochengeld und Stillgeld, wenn auch nicht in Höhe des ursprünglichen Betrages, sondern nur für den Unterhalt des Kindes sorgt. Stirbt das anspruchsberechtigste Familienmitglied vor der Entbindung der Ehefrau oder einer Tochter, so wird die Wochenhilfe trotzdem gewährt, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

Die Wochenhilfe wird unter allen Umständen nur einmal gewährt. Ist eine Wöchnerin bei mehreren Kassen versichert, oder ist sie und ihr Mann oder der Vater und die Tochter versichert, so erhält sie lediglich die für ihre Person aus ihrer Versicherung sich ergebenden Beiträge nur von einer Krankenkasse.

Es ist natürlich Neuland, welches die Allgemeine Ortskrankenkasse mit der Einführung der Gewährung freier ärztlicher Behandlung an die Familienangehörigen betrifft, denn jede einzelne Leistung der Ärzte muß nach den vertraglichen Abmachungen bezahlt werden. Es muß von den Kassenmitgliedern verlangt werden, daß sie in ihrem und im Interesse der Kasse ihre Familienangehörigen dahingehend belehren, daß der Arzt nicht unnötigerweise in Anspruch genommen wird, und wo der Arzt in der Sprechstunde konsultiert werden kann, dies geschieht, und nicht den Arzt in die Wohnung kommen lassen, da hierdurch die Kosten erheblich größer werden.

Durch die Einführung der Familienversicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse haben die besonderen Ortskrankenkassen für Handwerkerbetriebe, der Metzger und Bäcker auf 1. Oktober ihre Auflösung beschlossen. Die Ortskrankenkasse für Dienstboten wird voraussichtlich auf 1. Oktober geschlossen werden, da die Kasse mit dem gesetzlich zulässigen Höchstbeitrag von 10 % ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Hierdurch kommen wir in der Stadt Karlsruhe der Zentralisation der Krankenkassen ein gutes Stück vorwärts, denn es wird dann neben den bestehenden Betrieben und der Arbeitgeber-Zunahme Krankenkasse nur noch eine große Allgemeine Ortskrankenkasse mit ungefähr 40 000 Mitgliedern geben.

Es ist zu hoffen, daß die Einführung der freien ärztlichen Behandlung der Familienangehörigen der Kassenmitglieder zur Volkswirtschaft und Volksgesundheit beitragen wird, und daß die fernenden Erfahrungen auf diesem Gebiete dazu dienen mögen, den Angehörigen der Kassenmitglieder weitere Vergünstigungen zu gewähren.

Aus dem Lande

Reichensbach bei Ellingen, 18. Sept. Trotzdem man es nicht für möglich halten sollte, daß es heute noch Leute gibt, die an Hererei, Dufelsausbreitung und an all den Aberglauben des Mittelalters glauben, müssen wir doch feststellen, daß hier ein Herenmeister sein Unwesen treibt, und daß es hier Leute gibt, die sich von dem Treiben dieses Menschen narren und beeinflussen lassen. Wurde doch sogar unser Karzer vergangenes Sonntag in seiner Pracht seine Zuhörer ermahnen, daß diesen Aberglauben fallen zu lassen, er forderte die Männer auf, sie mögen den Reichtensbach nehmen und den Herenbannern, wenn er ins Haus käme, so lange bearbeiten, bis er sein Handwerk lasse. Das Schöne ist aber nur, daß sich der Herr Herenbannern durch diese geistliche Ermahnung - beleidigt fühlt und im Pfarrhaus vorstellte wurde. Er behauptete dem Karzer gegenüber, er glaube fest, daß es in Reichensbach Leute gäbe, die mit dem Teufel im Bunde stünden. Der Herr Karzer versetzte aber nicht, dem Herenmeister die gehörige Absolution zu erteilen. Man kann dem Herrn Karzer zu seinem Verhalten nur beifügen. Das Treiben des „Herenmeisters“ ist weiter nichts als ein großer Aufzug, darauf berechnet, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Es sollen zur Zeit nicht weniger als 40 Doren in unserm Orte fliehen; in der Dämmerung erscheint der Herenbannern und heftet an die Stalltür oder Stubentür des Hauses, in dem die Herze sein soll, einen Jettel, dem verdammt er wider, nachdem er sein Verdict empfangen. Wir meinen, es wäre höchste Zeit, daß die Behörde dem Unfug ein Ende bereitet, wenn die hiesigen Bürger es nicht fertig bringen, dem Bauernfänger das Handwerk zu legen.

Florsheim, 17. Sept. In den letzten Tagen wurde hier ein Beamter verhaftet der bei Hausdurchsuchungen wegen Falschmünzerei mitwirkte. Er wird beschuldigt, daß er sich bei dieser Gelegenheit eine Anzahl 50 Markscheine angeeignet und diese später verausgabte.

Reichelsheim (Amt Kastell), 19. Sept. Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl wurde Maurermeister Karoz Ritter zum Bürgermeister gewählt.

Reichelsberg, 19. Sept. Hier herrschte gestern ein schweres Sturmwetter, das allerhand Schaden anrichtete. Die Königshausenwarte maß eine Windstärke von 20-30 Meter in der Sekunde, die gestern durchschneidend den ganzen Tag anhielt.

Reichelsberg, 19. Sept. Der 18jährige Metzgerlehrling Anton Stefan aus Limbach (bei Rosbach) geriet mit seinem Karren zwischen einen Speditionswagen und einen Straßenbahnwagen. Der Karren wurde so gegen ihn geschleudert, daß er an der erlittenen schweren Verletzung im Krankenhaus starb. In das Akademische Krankenhaus mußte ebenfalls ein Fußballspieler eingeliefert werden, dem während des Spiels so auf das Schienbein getreten wurde, daß er eine schwere Beinverletzung davontrug.

Mannheim, 19. Sept. Große Ausschreitungen. Ein 33 Jahre alter Kaufmann saß in der vergangenen Nacht im Hause eines ihm unbedeutenden Mitbewohners 24 Glascheiben des Glasabslusses ein. Der Täter wurde festgenommen.

Donauwörth, 17. Sept. Wegen Falschmünzerei wurden der hiesige Buchdruckermeister Emil Simon, der Photograph August Simon und dessen Ehefrau festgenommen. Wie

das „Donauwörther Tageblatt“ zu melden, wurde bei August Simon die zur Herstellung der falschen Banknoten beschaffte Einrichtung von der Staatsanwaltschaft vorgefunden. Die beiden Brüder lebten keineswegs in dürftigen Verhältnissen, sondern besaßen beide ein gutgehendes Geschäft. Dies ist schon der zweite Fall von Banknotenfälschung in Donauwörth: Erst vor wenigen Wochen wurde in München wegen desselben Verbrechens der hiesige Diplomingenieur Mayer und Sohn zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt.

Donauwörth, 19. Sept. In den aufsehenerregenden neuen Mitteilungen über die Banknotenfälschungen der Brüder Simon wird noch weiter berichtet, daß in der Person des früheren Kochs August Simon ein „Mitarbeiter“ festgestellt worden ist. Auch eine Angestellte des Photographen August Simon, eine Photographengehilfin, hat bei der Anfertigung Beihilfe geleistet. Nach der Aussage der Ehefrau des Aigner hat dieser schon für $50 000 M$ falsche Banknoten in den Verkehr gebracht. $30 000 M$ wurden von ihm, nachdem er aus einer Zeitung Kenntnis von der in Neustadt erfolgten Verhaftung des Emil Simon und der Ehefrau des August Simon erhalten hatte, durch Feuer noch vor seiner Festnahme vernichtet. Der Verdacht der Beihilfe zum Verschleiß der Noten besteht noch gegen eine Anzahl anderer Personen.

Freiburg, 19. Sept. Tölpelcher Unfall. Ein alterer Präbikmann stürzte vor einigen Tagen in der Sternwaldfstraße beim Ernten von Äpfeln vom Baum und starb nach am gleichen Tage an den erlittenen schweren inneren Verletzungen. - Mehrfache Betrugsereignisse, durch Verjährung falscher Kaufpässe verübte in der Uniform eines Eisenbahnbeamten ein verheirateter Streckenarbeiter von hier.

Gundelfingen b. Freiburg, 16. Sept. Auf tragische Weise büßte hier der Feuerwehrmann Friedrich Fuchs aus Bröhlingen bei Forstheim das Leben ein. Fuchs, welcher der Feuerwehr seiner Heimatgemeinde als Leutnant angehörte, wollte am vergangenen Sonntag als Teilnehmer des Badischen Feuerwehrtages in Freiburg. Dort nahm er die Einladung eines früheren Regimentskameraden an, in dessen Behausung in Gundelfingen zu übernachten. Während der Nacht nun stürzte Herr Fuchs aus noch nicht aufgeklärter Ursache aus dem Fenster des im zweiten Stockwerk befindlichen Schlafzimmers. Er wurde mit gebrochener Wirbelsäule im Hofe aufgefunden, seiner schweren Verletzung erlag er am nächsten Tage. Eine Abordnung der Feuerwehr Freiburg gab dem Toten das Geleit nach dem Freiburger Bahnhof, von wo er zur Beerdigung in seine Heimat überführt wurde.

Wülflingen, 19. Sept. Messerstechereien. Drei Messerstechereien, von denen die eine tödlich verlief, ereigneten sich in unserer Stadt. Drei Juhelente, die sich in einer Wirtschaft darüber unterhielten, wer am besten Holz aufsladen könne, gerieten darüber so in Hitze, daß ein schwerer Streit entstand, den sie auf der Straße dann mit dem Messer austrugen. Nachts gegen 2 Uhr fand eine Messerstecherei zwischen ihnen statt. Als um diese Zeit einer von ihnen, der Dienstmacht Karl Prosi, zu Hause vermisst wurde, ließ sein früherer Dienstherr, der frühere Fuhrhalter Metzler, bei dem er 8 Jahre in Dienst gestanden hatte, ihn mit seinem Wolschhund suchen. An einem Schutthaufen begann das Tier zu jaulen. Bei der sofort aufgenommenen Untersuchung des Schutthaufens wurde die Leiche des Prosi denn auch aufgefunden. Als der Tat dringend verdächtig ist der gleichfalls bei Metzler tätige Dienstmacht Schläger festgenommen und dem Untersuchungsamt zugewiesen worden. - Der dritte an dem Streit beteiligte Dienstmacht Bachmann trug Kopfwunden davon. - Ein anderer Messerheld ist der schon ältere Urtel von Kamborn, der dem Schuhmachermeister Hans Gas von Badenweiler mit dem Messer angriff, als dieser auf einer Radtour begriffen war. Es handelte sich um das Ausweichen auf der Straße, wobei Urtel offenbar beleidigt war, weil der Radfahrer ihn durch Klingeln zum Ausweichen veranlassen wollte. Urtel versetzte dem Gas drei Stiche in den Rücken und in die Hüftengegend. Die Verletzungen sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Siedingen, 17. Sept. Diebstahl. In die Seidenwarenfabrik Siedingen wurde in einer der letzten Nächte ein Einbruchdiebstahl verübt. Den Dieben gelang es, etwa 60 Kilogramm Roh- und Kunstseidenstoff im Werte von $100 000 M$ zu entwenden. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Konstanz, 17. Sept. Falsche 50 Mark-Banknoten sind gegenwärtig sehr zahlreich hier im Umlauf. Die Bekämpfung dieses lästigen Geldes wird den Untersuchungsbehörden dadurch erschwert, daß die falschen Scheine fahrlässig, ja sogar vorläufig weiter gegeben werden. Es ist bis jetzt nur in einem Falle gelungen, einem Täter nachzuweisen, daß er einen falschen Schein als echt angenommen und diesen, trotzdem er inzwischen dessen Unrechtheit festgestellt hatte, wieder weiter ausgegeben hat. Der Betroffene hat eine harte Strafe zu gewärtigen, was als Warnung dienen dürfte.

Konstanz, 19. Sept. Die Kaufleute Hans Fochl von Konstanz, Heinrich Jost von Kreuzlingen und Karl Fink von Konstanz wurden verhaftet, weil sie mit Hilfe der Lokomotivführer Hönold und Fuchs in Konstanz Autogeduldern im Werte von mehreren tausend Mark bei Singen über die Schweizer Grenze gebracht hatten.

Stand der Feldgewächse. Nach dem neuesten amtlichen Bericht über den Stand der Feldgewächse wird mitgeteilt, daß der Stand der Kartoffeln für das Land im ganzen noch als mittelmäßig bezeichnet wird. Ueber die Ernteausichten gehen die Meinungen noch sehr auseinander. Die Felderträge sind vielfach nur geringfügig. Die Luzernerdecker haben sich durch die Niederschläge ziemlich erholte, ebenso Stoppelfeue, so daß noch stellenweise befriedigende Herbstschritte in Aussicht stehen. Die Reben stehen in den meisten Gegenden schön.

Eine alte Anstift. Wie aus Reuzingen am Bodensee gemeldet wird, ereignete sich dort ein Unfall, der vielen zur Warnung dienen kann. Dort fuhr ein Mann auf dem Rad, während seine Frau hinten auf dem Aufsitze mitfuhr. Während der Fahrt stürzte sie so unglücklich ab, daß sie einen doppelten Schlüsselbeinbruch erlitt.

Korrespondenz für Auslandsbriefe. Infolge der andauernden Verschlechterung des deutschen Markfußes und der dadurch bedingten bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergütenden Beförderungsgebühren sieht sich die Postverwaltung zur Verhütung empfindlicher Einbußen der Reichskasse gezwungen, vom 1. Oktober ds. J. an die Gewicht- und Beförderungsgebühren im Auslandsbriefverkehr nach dem Verhältnis von 1 Franken gleich $16 M$ (gegenwärtig 1 Frank gleich $12 M$) zu erheben. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Auslande maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

DECEAS Spar-Glühkörper
 25% Gas-Sparnis
 Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
 Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O 17

Substanz. Es kommt in letzter Zeit häufig vor, daß Kinder in jugendlichem Alter mit Steinen nach fahrenden Eisenbahnzügen und Autos werfen. Es kann Eltern und Lehrern nicht genug zur Pflicht gemacht werden, das Gefährliche dieses Treibens den Kindern vor Augen zu führen.

Der 42. Deutsche ordentliche Herbsttag

eröffnete am Freitag vormittag 9 Uhr im kleinen Saal der Festhalle seine Beratungen. Aus allen Teilen des deutschen Reiches waren zahlreiche Vertreter der Ärzteschaft anwesend, außerdem Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden.

Der Vorsitzende des Ärzteverbandes, Dippel-Leipzig, begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten und sprach einleitend über die Lage, Ziele und Aufgaben der deutschen Ärzteschaft. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl gefordert.

Im Auftrage der Stadt Karlsruhe begrüßte Oberbürgermeister Dr. Finster und im Namen der Karlsruher Ärzteschaft Dr. M. A. die Tagung. Nach den Begrüßungsansprachen gab Herr Hansberg ein sehr erschöpfendes Referat über die praktische Ausbildung zum Arzt.

An das Referat des Herrn Hansberg schloß sich sodann eine längere Debatte, in der eine Reihe interessanter Erklärungen und Anträge zu der Materie abgegeben wurde. Schließlich wurden die Beschlüsse einstimmig angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung wurden Referate über das ärztliche Untersuchungsweesen erstattet. Das erste Referat hielt Dr. Bollmann-Berlin, das zweite Dr. Bongartz-Karlsruhe. Beide befaßten sich mit der Errichtung einer zentralen Untersuchungsstelle für die Ärzte.

Am Samstag vormittag gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende die Anwesenheitsliste bekannt. Es sind vertreten: 314 Bundesvereine durch 284 Delegierte, die 2500 Bundesmitglieder vertreten.

Dem Generalsekretär wird für seine Geschäftsführung Entlassung erteilt. Der Bundesbeitrag wird für 1922 auf 10 M festgesetzt. Der Beschlusbuch wird genehmigt.

Dr. Richter-Weiz teilte den Bericht der Kommission über die Verschmelzung des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Leipziger Verbandes. Danach wird die Verschmelzung der beiden Hauptorganisationen z. Zt. weder für zweckmäßig, noch notwendig, noch für möglich gehalten.

Ueber den Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch und zum Gesetz über den Rechtsgang in Strafsachen berichtete zunächst Dr. Puppe-Wreslau. Er betonte, daß der Entwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch v. J. 1919 für die Beziehungen des Strafrechts zur Welt eine wesentlichen Fortschritt gegenüber dem geltenden Strafgesetzbuch bedeute.

Dr. Alexander-Berlin sprach über das Thema, inwieweit der Arzt als Täter in dem neuen Gesetzentwurf in Frage komme. Die Möglichkeit einer schematischen Unterstellung ärztlicher Berufsverletzungen unter den strafrechtlichen Begriff der Körperverletzung sei durch den Entwurf nicht völlig beseitigt.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landesbühnen

Die "Hüb'n" neu herauszubringen lag eigentlich kein Bedürfnis vor. Benutzt nicht in der ganzen großherzoglichen Aufmachung. Was sol' z. B. der erste Akt mit seinen chronischen Ebnen? Er ist vollständig wertlos, abgerechnet eine einzige Stelle („großer Gott, hör mein Flehen“).

Was das verlagene Textbuch und die dazu nach zwei Seiten nicht passende Musik nicht mehr fertig bringen konnten, ist die Kunstler. Gebt Fraeema-Bügelmann spielte und sang mit ungeduldiger Hingabe und mitreißender Leidenschaft.

Wie ein Komete durch den dunklen Raum der Bühne schwebte, so durch den dunklen Raum der Bühne schwebte, so durch den dunklen Raum der Bühne schwebte. Wie ein Komete durch den dunklen Raum der Bühne schwebte, so durch den dunklen Raum der Bühne schwebte.

gesehen. Der Herbsttag erklärte sich vom ärztlichen Standpunkt aus gegen die Strafflosigkeit der Tötung der Frucht im Mutterleibe, soweit die Tötung nicht von Ärzten zur Abwendung einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben und Gesundheit der Schwangeren und mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung vorgenommen wird.

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung „Die hygienische Volkserziehung“ berichtete Dr. Scholl, der die dringende Notwendigkeit hervorhob, daß die wissenschaftlichen Lehren der Hygiene durch die Ärzteschaft in die breitesten Massen des Volkes hineingetragen werden müßten.

Der Vorsitzende Dr. Dippel-Leipzig schloß die Tagung mit Worten des Dankes für alle die sich um den so glänzenden Verlauf verdient gemacht haben. — Dr. Hentze würdigte die außerordentlichen Verdienste des Vorsitzenden um die Herbsttagung und den Ärztevereinsbund, was die Versammlung zu nicht endtrollenden Beifallsäußerungen veranlaßte.

Karlsruher Herbstwoche

Bei der juristischen Ausstellung der Karlsruher Künstlerkammer

im Kunstverein und in der Galerie Moos sind erfreulicherweise fast sämtliche Karlsruher Künstler vertreten, von Altmeister Thoma bis zum jüngsten haben sie sich ein Stellchen gegeben.

Nicht man in Berücksichtigung unter wie großen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur die Künstlerkammer zu kämpfen hat, so ist es um so bewundernswürdiger, daß sie trotz der Kisten der Zeit mutig vorwärts strebt. Bei der Fülle der eingelangten Werke war es eine schwierige Aufgabe, die Bilder geordnet unterzubringen, doch hat die damit beauftragte Kommission ihr Möglichstes getan.

Die Graphik-Ausstellung Karlsruher Künstler in der Galerie Moos (Kaiserstraße 187) ist schon eröffnet worden. Sie bietet eine umfassende Uebersicht über das graphische Schaffen unserer einheimischen Künstler. Die Ausstellung ist täglich von 10-6 Uhr, Sonntags von 11-1 und 2-4 Uhr geöffnet.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 20. September. Geschichtskalender

20. Sept. 1870 Ende der weltlichen Macht des Papstes. — 1898 † Der Dichter Theodor Fontane in Berlin. — 1918 Deutscher Jugendfürsorgetag in Berlin.

Bezirks-Versammlungen des Sozialdem. Vereins finden am Mittwoch, 21. Sept., abends 8 Uhr, in nachstehenden Bezirken und Lokalen statt:

- Mittstadt: In der „Schrummel“, Durlacherstraße. Referent Genosse Koch.
Südstadt: In „Auerhahn“.
Mittel- und Südweststadt: In der „Goldenen Krone“. Referent Genosse Sailer.
Oststadt: In „Scheffelhof“. Referent Gen. Kadner.
Weststadt: In „Württembergischer Hof“, Ecke Uhländ- und Goethestraße.
Mühlburg: In der „Stadt Karlsruhe“.
Daglanden: In „Karlsruher Hof“.

In allen Versammlungen findet ein Vortrag statt, auch wird zu den Landtagswahlen Stellung genommen werden. Genossen und Genossinnen, erscheint vollzählig, die heutige politische Lage erfordert die regste Aktivität unserer Mitglieder.

Das Karlsruher Tagblatt und seine Sozialistenhefte. Von einem Leser wird uns geschrieben: Man muß es dem „Tagblatt“ lassen: Es vertritt sein Sozialistenhefte zu treiben, ohne daß es der Leser irgendwie merkt.

Zum erstenmal: „Urfaut“ von Goethe

Zur Eröffnung der diesjährigen Herbstwoche und anlässlich des hier tagenden Herbsttagungsbüchchens brachte das Landesbühnen-Theater bei fast völlig ausverkauftem Hause den „Urfaut“ heraus, den Vorzügen in der Leistung sowie ein sachkundiger Vortrag des Prof. Dr. Hall im Theaterklubverband des näheren charakterisiert haben.

Wir begrüßen die Aufführung dieser Version des Fausts, welche besonders deswegen, weil sie bei der seltenen Aufführungsmöglichkeit des eigenartigen Faust den künstlerischen und volkstümlichsten Szenen der Faust- und Gretchentragedie einmal auf der Bühne zu sehen. Freilich, zum Erlebnis wird die Urfautdarstellung nicht in dem Maße wie die des eigentlichen, aber — eine Laus im Kraut ist besser als gar kein Fleisch, heißt ein nicht gerade übermäßig geschmackvolles, dafür aber umso treffenderes Sprichwort im benachbarten Kreisgau. Mit der Regie, der sich Herr Bau und auch dessen Vertretweise unterzogen, obgleich er sich sagen mußte, daß die durch die Not gebotene literarische Vereinfachung und Anwendung von Vorhängen nicht gerade allen Szenen förderlich sein konnte, kann man, da sie neue Wege einschlug, sehr zufrieden sein.

Jedenfalls hat Bau und auch im Verein mit Emil Durlach das Szenische aus der stichlichen Atmosphäre der Wagnerschen Romantik herausgehoben. Auch im Kostümlichen, dessen Margaret Sellerenberg mit gewohntem Geschmack malte, hatte die Iononische Kürdnererei im deutschen Hochrenaissancestil einer größeren Schlichtheit weichen müssen. Dem populären Geschmackschmeckeln solche Reuschöpfungen allerdings nicht, die das Gretchen sogar ohne die traditionellen Klauen nachschöpfen auftragen lassen, denn „das Volk will seinen Moses mit Hörnern haben“. In die Würde der Darstellung teilten sich mit gleichem Erfolg die Herren Bürler (Faust) und von der Zrenn (Gretchen) mit Fr. Creutzsch (Gretchen). Die Marthe Schmedlein erfuhr durch Frau Bir bewährte Kunst eine ungelungene Wiedergabe. Fr. Müllers realistische Gesagen, Herr Gernede als Wagner und Fr. als Student vervollständigten das Ganze, zu dem noch die vier lustigen Gesellen in Auerbachs Keller treten, eine Szene, die zu wahrhaft stalen-spezifischer Freudefähigkeit ausmüßte. Darsteller und Reiter wurden vielfach gerufen.

Schule und Beruf. Für den 6. und 7. Oktober 1921 beruft der Bund entschiedener Schulreformer nach Offenbach a. M. eine öffentliche Tagung ein, die zu der immer brennender werdenden Frage der Berufsschule neue Vorschläge bringen wird. In der einleitenden Abendversammlung am 6. Oktober wird Karl Dräger, der in der Reformierung und Entfaltung des modernen Arbeitsprozesses begründeten Berufsnote der erwerbstätigen Jugend Ausdruck geben und am folgenden Tage werden sechs Vorträge bedeutender Sachkenner die wirtschaftlichen und kulturellen Probleme behandeln. Die Verhandlungen finden im Festsaal, Goethestraße zu Offenbach, statt, Teilnahmekarten können an der Saalkasse gelöst werden.

plattes“ pflegen politisch zu denen zu gehören, die offenbar nicht alle werden. Und darauf spekuliert man in der Ritterstraße. Ein Beispiel: Dieser Tage berichtet das „Tagblatt“, unter der festgedruckten Ueberschrift „Die Meuterei der Chemnitzer Post“, es sei „den vereinten Anstrengungen der Sozialisten gelungen, die Entlassung der Nabelsführer rückgängig zu machen und zu erreichen, daß überhaupt keiner der Meuterer seines Dienstes enthoben wird“. Also, schießt der genigte Leser des „Tagblattes“, da sieht man wieder mal, daß die Sozialdemokratie die Partei der Meuterer ist. Daß es sich in der ganzen Sache überhaupt nicht um eine „Meuterei“ handelte, sondern lediglich um die ganz vernünftige Weigerung der Postler, durch Auflegen von Stahlhelmen unnötig die Bevölkerung zu protoklieren, das sagt das „Tagblatt“ nicht. Wenn nächstens die Drucker und Redakteure des „Tagblatt“ sich weigern, vor dem ehemaligen Major und jetzigen „Chefredakteur“ stramm zu stehen, so wird er sie wohl auch wegen „Meuterei“ entlassen. Im übrigen kann festgestellt werden, daß die zur Zeit im „Tagblatt“ beliebte Art der Berichterstattung garricht an die „plump Sprach“ des guten Deutschen erinnert, sondern sehr an die Mäuren des gewandten Monsieur Riccaud, dessen Gewandtheit im „corrigé“ beinahe ausgedehnt war. Aber, aber — wie stimmt das sonst zu der französisch-reiferen Politik des „Tagblatt“? Ja, Bauer, das ist wieder was anders! — Die Arbeiterkammer aber sollte sich schämen, die Karlsruher „Drehbühne“ aus der Ritterstraße in die Hand zu nehmen.

Wohnungsnot

Es wird uns geschrieben: Ist es möglich, daß man sich in Zeiten der größtmöglichen Wohnungsnot beim Wohnungsamt Wohnungen reservieren kann? In der Vorstraße Nr. 18 p. ist seit einem Vierteljahr eine Vierzimmerwohnung und Grenzstr. 8, 3. eine Zweijammerwohnung seit 1. August unbewohnt. Auf Anfrage beim Wohnungsamt wurde mitgeteilt, daß die erstere Wohnung für Lauch borgehalten sei. Der Verwohner hat sich aber noch auswärts in eine Wohnung eingehielet, so daß also bei Kauf keine Bede sein kann. Im Interesse des Wohnungsamts und der Wohnungsnot wäre ein rasches Verteilen der Wohnungen nötig, schon um kein Mißtrauen Wohnungsuchender zu erwecken.

Todesfall. Nach mehrwöchiger Krankheit ist Frau Stadträtin Rhyer, eine in weiten Kreisen bekannte Persönlichkeit, gestorben. Die Entschlafene hat auch am kommunalen Leben fleißiger Stadt und insbesondere an der sozialen Frauenbewegung regen Anteil genommen, seit 1919 gehörte sie als Vertreterin der demokratischen Partei dem Stadtratskollegium an und hat sich hier große Verdienste um das Allgemeinwohl erworben. Ihr Hauptgebiet war die soziale Fürsorge, der sie ihre ganze Kraft widmete und mit Rat und Tat den Hilfsbedürftigen beistand. Mit der Verstorbenen ist eine allezeit liebensvolle, humane und sozial denkende Mißbürgerin dahingegangen.

Zum Raubmord an Dr. Witz konnte nichts Wesentliches in Erfahrung gebracht werden. Die Staatsanwaltschaft ist eifrig bemüht, das rätselhafte Verbrechen aufzuklären und hat schon eine ganze Reihe von Spuren verfolgt, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen. Die Inangensetznahme des Raubmordes und die Obduktion der Leiche wurden gestern im Besitze des Oberstaatsanwalts, einiger Bezirksärzte und des bekannten Gerichtschemikers Dr. Kopp in Frankfurt vorgenommen. Festgestellt konnte werden, daß die Tat kurz nach 2 Uhr erfolgt ist.

Karlsruhe im Film! Auf eine originelle Weise haben eine Anzahl Karlsruher Geschäftsleute und Firmen den Film in der Dienst ihrer Geschäftszwecke gestellt. Unter dem Titel „Der geheime Adolar“ spielt sich eine lustige Geschichte ab, deren Schauplatz in den genannten Geschäften liegt. Der geheime Adolar ist ein „Älterer Jüngling“ mit der üblichen Schwäche für das schwächere Geschlecht. Und so verlobt Adolar mit einer bedeutend älteren Standhaftigkeit seine Schöne aus ihrem Gange durch die Karlsruher Geschäfte. Vom Autohaus überhard aus steigt er „ih“ nach in das Nürnberger Aluminiumhaus, zu Geschwister Baer, in die Firma Kempf, zu Juwelier Widmann, zur Firma Lang, ins Schlossläufer, zu Wos, J. Krämer, Feumer, Rufas, Hüfhaus Wilhelm, Zigarettenfabrik, Franz Meigel, Laffen, Darmstädter Hof, Frieda Schmidt, Michel-Wissen, Haub und Neu — hier muß er allerdings aushalten vor dem Tor warten, bis „sie“ den ganzen Betrieb besichtigt hat —, um dann schließlich im Schlosshötel zu landen —, wo Herr Adolar erfahren muß, daß „sie“ bereits ihren Eward erwartet, der den „Nachsteiger“ dann auch höchst-eigenfüßig zum Zimmer hinausbefördert. Die Idee ist zwar nicht neu, aber die Art der Aufmachung ist wirklich originell. Der Film bringt zahlreiche sehr gute und hübsche Aufnahmen aus den genannten Geschäften, er ist für diese eine sicher recht wirkungsvolle Reklame. Die Eröffnung fand Montag früh im Weltkino, Kaiserstraße, vor einer Anzahl geladener Gäste und der Presse statt; die Aufnahme war eine sehr heilsame. „Der geheime Adolar“ wird sicher dieselbe Zugkraft auf die Karlsruher ausüben, wie sie seine verfolgte Schöne auf ihn ausübte.

60jähriges Jubiläum der Nähmaschinenfabrik Gaid u. Neu. Die hiesige Nähmaschinenfabrik vorm. Gaid u. Neu L.G. kann auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Die Fabrik kann zu diesem Zeitpunkt die Tatsache feststellen, daß zwei Millionen Nähmaschinen in alle Welt hinausgegangen sind. Im Jahre 1860 begannen in einer kleinen Werkstätte die Maschinen Gaid und Neu mit zwei Arbeitern mit der Herstellung von Nähmaschinen und heute beträgt die Arbeiterzahl 1700. Die Produkte des Fabrikanten werden in der ganzen Welt abgesetzt. Anlässlich des Jubiläums hat die Firma eine künstlerisch ausgeführte, sehr interessante Festschrift herausgegeben, welche den Entwicklungsgang des Geschäftes in Wort und Bild veranschaulicht.

St. Der Senn-Georgi-Vortrag am Samstag abend im Festsaal war sehr gut besucht. Das mag zum Teil davon herühren, daß Senn-Georgi in Karlsruhe bereits sein Stammpublikum besitzt und zwar mit gutem Rechte besitzt. Denn was er am Sonntag abend bot, war frisches eigenes Nachschaffen. Es mag ja schließlich Leute geben, welche gleich ihm Fr. Müller, Boese und Proja, vorziehen. Aber es kommt nun einmal, um mit dem „Meister Martin“ aus Senns Vorträgen zu sprechen, darauf an, „daß das Bier auch nicht“. Es kommt darauf an, wie dargebracht wird. Die Auswahl des Vorgetragenen war gut getroffen. Der Künstler versteht in einer Form zu geben, welche nicht verfehlt, er verfehlt durch Worte und Töne, wo das Wort allein zu schwach ist, gibt sich er mit dazwischen und läßt um alle Ecken den spißbüßigen Liebenswürdigen Schalk lugen. Senn-Georgis Kunst ist auch deshalb gut, weil seine Art der Vermittlung kleiner Kunstwerke dazu ansetzt, daß im Vortrag Erlebte nachzulegen zu lassen und dazu anregt, die Welt auch einmal mit der Brille Senn-Georgis und der von ihm registrierten Dichter zu betrachten.

Ein Liter Milch 4.60 Mark! Während der Milchpreis mit 3.20 M per Liter für Kinder und Kranke gleichgeblieben ist, ist er für Erwachsene von 3.60 auf 4.60 M, also um eine Mark, per Liter sosen. Vollmilch erhöht worden.

Tagung der badischen Wohnungsbäuer. Die Vertreter der badischen Wohnungsbäuer hielten hier eine Versammlung über die Methode der Wohnungsvergebung ab. Ob und welche Beschlüsse dabei gefaßt wurden, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Öffentlichkeit, vor allem die Wohnungsuchenden, sind aber daran sehr interessiert, wie in Zukunft die Vergebung von Wohnungen vor sich gehen soll.

Die nächste Schwurgerichtsperiode (4. Quartal) beginnt am Montag, 10. Oktober.

Der Regimentstag des Feldart.-Regts. Nr. 50 „verflohen“. Auf dringenden Wunsch des Amtsvorstandes Karlsruhe ist der Festausschuss zum allgemeinen Bedauern gezwungen, das für den 1. und 2. Oktober angelegte Regimentsfest zu verschieben.

Unfall. Am Samstag vormittag stürzte ein im Stadteil Rinkheim wohnender 30 Jahre alter Malermeister beim Anstreichen der Fenster im 2. Stock eines Hauses der Ernststraße ab, zog sich einen Rippenbruch, eine Merenquetschung zu und mußte mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden.

Schlägerei. In einer Wirtschaft der Kaiserstraße wollte der Hausbesitzer am Samstag nach einem Streit schlichtet, der unter den Gästen entstanden war. Hierbei erhielt er von hinten einen Messerstoß in die linke Schulter. Da er vermutete, daß ihm der Stich durch einen Antillateur aus Mühlburg verübt worden sei, verfolgte er diesen nach der Kaiserstraße und schlug mit einem Stock auf ihn ein, wodurch eine größere Menschenansammlung entstand.

Landestheater. Am heutigen Dienstag kommt Halepys große Oper „Die Jüdin“ in der Reinszenierung zur Wiederholung. Die Hauptpartien bleiben in der Besetzung der ersten Aufführung bestehen. Am Donnerstag, 22. Sept., gelangt Beethovens „Fidelio“ in der bekannten Besetzung zur Aufführung. An dieser Vorstellung nimmt die Theatergemeinde des „Völkervollbundes“ (Nr. 1-400) teil. Für das allgemeine Publikum sind noch Plätze aller Gattungen vorhanden.

Stadtparkkonzerte. Der vorterrändliche Jahreszeit wegen werden mit Wirkung vom 20. ds. Mts. an die Dienstags- und Freitagkonzerte im Stadtpark auf die Zeit von nachmittags 4-7 Uhr verlegt. Die bis zum Ende der Saison vorgesehenen Mittwochkonzerte (Abendkonzerte zur ermäßigten Preisen) finden jedoch, soweit es die Witterung zuläßt, bereits noch um 8 Uhr abends statt.

Stadtpark. Der Musikverein Harmonie veranstaltet am Dienstag nachmittags von 4-7 Uhr ein vollständiges Familienkonzert. Der Dirigent, Herr Rudolph, hat hierzu ein reichhaltiges, abwechslungsreiches Programm ausgearbeitet.

Vortrag. Man schreibt uns: In dem großen Weltanschauungslampfen der Gegenwart und Zukunft tritt immer deutlicher als einer der Hauptkämpfer die anthroposophische orientierte Geisteswissenschaft Rudolf Steiners hervor. Der am Freitag den 23. ds. Mts., abends 8 Uhr, im großen Hofsaal stattfindende öffentliche Vortrag Dr. G. Büchsenbachers-München wird Gelegenheit zur Urteilsbildung liefern. Näheres siehe Anzeigenteil und Anschlagtafeln.

Vorträge. Die Theosophische Gesellschaft veranstaltet heute und morgen abends 8 1/2 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“ Vorträge und zwar heute über „Freimaurerei und Theosophie“ und morgen über „Die Religion der Zukunft“.

Valuta-Bericht vom 18. September

Markkurs in der Schweiz ca. 5.60 Eis. Auszahlung Holland notierte 81.95 M per holl. Guld.; Schweiz notierte 17.70 M per schw. Fr.; England notierte 880 M per Pfd.-Sterl.; Frankreich notierte 7.24 M per frz. Fr.; Neuhort notierte 101.75 M per Doll.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 19. September 1921

Vorausichtige Witterung bis Mittwoch nacht: Bismlich heiter, trocken, über Tag mild.

Wasserstand des Rheins

Schifferinsel 85, gef. 15 Ztm. Rehl 176, gef. 5 Ztm. Mainz 840, gef. 5 Ztm. Mannheim 210 gef. 10 Ztm.

Letzte Nachrichten Die Abrüstungsfrage

W.B. Genf, 19. Sept. Die gemischte Kommission für Rüstungsbeschränkungen ließ heute den Mitgliedern des Völkerbundesrates und der Versammlung einen ausführlichen Bericht zugehen. Darin sind vor allem die politischen Betrachtungen über die allgemeine Lage, besonders Deutschlands, von Interesse. Sie beruht den Nachweis zu führen, daß bei der heutigen politischen Lage eine Abrüstung sehr schwierig ist. Der Paß ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß nach den Erschütterungen des Krieges alle Nationen miteinander in Frieden leben und die Welt zur Ruhe kommen würde. Diese Bedingungen seien aber heute nur teilweise erfüllt, denn drei große Mächte gehörten dem Völkerbund nicht an. Der Bericht weist dann auf Befürchtungen der Rußland benachbarten Staaten hin, auf die sehr unklare Lage in Deutschland, auf die Spannung zwischen Polen und Litauen, auf den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei usw. Der einzig wahre Schritt auf dem Gebiete der Abrüstung sei die durch die Friedensverträge gewissen Staaten aufgezogene Abrüstung. Auch an verschiedenen anderen Stellen befaßt sich der Bericht mit der Entwaffnung Deutschlands. So heißt es in dem Bericht der zweiten Unterkommission über das Untersuchungsrecht des Völkerbundes, man könne praktisch nicht eher an das Abrüstungsproblem herantreten, ehe man nicht die Gewißheit habe, daß alle in den Verträgen vorgeschriebenen Maßnahmen vollständig und loyal ausgeführt werden. Die letzte Auffassung, die auch in dem französischen Änderungsantrag zum Artikel 9 zum Ausdruck kommt, zeigt von neuem, daß das Abrüstungsproblem für den Völkerbund sich im wesentlichen auf die Durchführung der Friedensverträge beschränkt und bestätigt die lebhafteste Kritik, die der norwegische Abgeordnete Lange in der vergangenen Woche an der einseitigen und ungenügenden Behandlung der Abrüstungsfrage übte.

Attentat auf Stresemann

W.B. Kopen, 19. Sept. Wie die „Köpenicker Zeitung“ aus Lüdenscheid meldet, wurde während der gestrigen Abendversammlung des Parteitag der Deutschen Volkspartei in der Schützenhalle von außen durch ein Fenster ein Revolvergeschuß auf die Rednertribüne abgegeben. Der Abgeordnete Stresemann hatte gerade die Tribüne verlassen und dem Abg. Hugo den Platz überlassen. Es wurde niemand getroffen.

90 000 Steuerbeamte

Nach einer ungefähren Schätzung haben wir jetzt im Reich nicht weniger als 90 000 Steuerbeamte. Die neuen Steuern würden, wie in Reichstagskreisen berechnet worden ist, weitere 30 000 Steuerbeamte erfordern, sodas dann im ganzen nicht weniger als 120 000 Steuerbeamte vom Volke zu unterhalten wären, d. h. ein gemaltiger Teil der Steuerlasten wird allein von diesem Verwaltungsapparat aufgebracht. Auf 6 bis 700 Einwohner käme dann immer ein Steuerbeamter.

50 Kommunisten verhaftet

München, 19. Sept. In der Nacht zum Sonntag wurden in München eine kommunistische Bezirkskonferenz ausgehoben. Im Kaffeehaus wurden 50 Personen zur Polizeimache gebracht, darunter der radikale kommunistische Würtemberger Kämpfer.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Gewerkschaftskartell.) Donnerstag, 2. Sept., abends 6 Uhr, Vertreterversammlung im Saale des „Roten Kreuzes“, Stefanienstraße 74. Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Stellungnahme zur Ortskassenwahl. Der Vorstand. Karlsruhe. (Arbeiter-Sängerkartell.) Mittwoch, den 21. 9., abends 8 Uhr, findet im Nebenraum der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße, eine wichtige Kartellversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen der Delegierten wird der Vorstand ersucht. Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Dienstag 19. ds. Mts. in der Schüllerschule Probe für 1. und 2. Vah. Donnerstag Probe für 1. und 2. Tenor. Freitag Gesamtprobe. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. 6083

Unsere Filialinhaber,

welche den „Volkfreund“ durch die Post überwiesen erhalten wollen die für Oktober benötigte Bezahlerzahl spätestens bis zum Samstag, den 24. September, uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Oktober nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volkfreund“.

Von der Reise zurück Dr. Alfons Fischer Arzt für innere Krankheiten. Herrenstr. 34. Rufnummer 1091.

Bruchsaler Anzeigen. Wir teilen mit, daß in den nächsten Tagen die vom Stadtrat erlassenen neuen Wasserabgabebestimmungen den Hausbesitzern in doppelter Ausfertigung zur Unterzeichnung und Rückgabe einer Sähung zugestellt werden. Gleichzeitig richten wir an die Empfänger der Wasserabgabebestimmungen das Ersuchen, uns das unterschriebene Exemplar unter Bezeichnung der Straße und Hausnummer innerhalb 8 Tagen wieder zurückzugeben zu wollen. 2068 Bruchsal, den 14. September 1921. Techn. Amt der Stadt Bruchsal. Abtlg. Wasserwerk.

Kartenausgabe am Mittwoch, den 21. September 1921, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben H bis einschließl. K. Bruchsal, den 20. September 1921. 2082 Kommunalverband Bruchsal-Stadt

Die Badische Landeslohlenstelle in Mannheim Abtlg. Preisprüfung hat die Kleinhandelsverkaufspreise für Kohlen, Koks u. Briketts für den Versorgungsbezirk Bruchsal-Stadt wie folgt festgelegt:

Table with 5 columns: Kohlenforte, ab Eisenwerk, ab Lager, ab Eisenwerk, fest im Haus. Rows include Anthrazitkohlen, Schmelzkohlen, Grobkoks, Braunkohlenbriketts, etc.

Vorstehende Preise gelten als Höchstpreise und dürfen im Handel nicht überschritten werden; die Preise treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Wir geben dieses hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Bruchsal, den 17. September 1921. 2086 Ortsabteilung Bruchsal.

Mees & Löwe 46 Kaiserstr. 46 Karlsruhe i. B. 46 Kaiserstr. 46. Telefon 2493. Den Eingang aller Neuheiten für die jetzt beginnende Herbst-Saison zeigen wir hiermit an und empfehlen deren Besichtigung ohne jeden Kaufzwang. Neben fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung, die wir wie bisher in höchster Vollendung in den Verkauf bringen, unterhalten wir auch ein großes Lager in in- und ausländischen Stoffen. Durch Anfertigung unserer gesamten Herren- und Knaben-Bekleidung auf eigenen Werkstätten nach Modellen und eigenen Entwürfen bieten wir dem verehrten Käufer Garantie für tadellosten Sitz und gute Verarbeitung.

Durlacher Anzeigen. Kohlen-Ausgabe. Die bei Joh. Krumb Ww. eingetragenen Kunden von Nr. 251 bis 600 können am Mittwoch, den 21. Sept., von mittags 1 Uhr ab 3 Ztr. Rheinische Braunkohlen-Briketts „Union“ zum Preise von 16.70 M. je Ztr. ab neues Lager Pfingstraße erhalten. Zufuhr vors Haus 0.90 M. frei Keller 1.40 M. je Zentner mehr. Durlach, den 20. September 1921. 2088 Ortsabteilung.

Sie kaufen gut u. billig Ihre Musikinstrumente für Streich- und Blasorchester, sowie Pianos, Tafelklaviere, neue und gespielte, Sitar, Mandolinen, Violinen, Gitarren, Gramophone, Schallplatten (neue und wenig gespielte), Mundharmonikas von M. 3.- bis (drei- und vierstimmig) zu M. 90.-, Akordeons, Bandonions etc., großes Noten-Sortiment, unter anderem: beliebte Volksausgaben, jede Nr. M. 1.30. 1a Saitenmaterial im Musikhaus Weiß, Durlach Hauptstraße 51. - Telefon 458. Ankauf gespielter Instrumente, Reparaturen und Stimmen. 5961

Der gute Geruch der feine Gehalt, dazu gehört die Rotfroschgestalt! Erdal putzt die Schuhe, pflegt das Leder. Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz



Henko
 Henkel's Wasch-
 und Bleich-Soda
 unentbehrlich für Wäsche und Hausnutz
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Aia-Bund.
 (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände).

Dienstag, den 20. September d. J., abends 8 Uhr, findet im Saale des Hotel Friedrichshof, Karl-Friedrichstraße

Versammlung
 aller im Handel und der Industrie Beschäftigten Mitglieder statt.

Tagesordnung:
 Stellungnahme zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss.

Kolleginnen und Kollegen! Wie erwarten, daß bei der zu fallenden wichtigen Entscheidung alle unsere Kolleginnen und Kollegen erscheinen.

Mitgliedsbuch ist vorzulegen. 6085

Bund der technischen Angestellten u. Beamten
 Deutscher Werkmeisterverband
 Zentralverband der Angestellten.

Theosophische Gesellschaft Karlsruhe.
Vorträge.
 Redner Herr O. Gebhard, Danksig 1. Vortrag: „Der Jahreszeiten“, Dienstag, 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr

„Freimaurerei und Theosophie.“
 2. Vortrag: Ed. Gemeindegasse, Altkirchstraße, Mittwoch, 21. September, abends 7 1/2 Uhr

„Die Religion der Zukunft.“
 Karten zu je 5, 3 u. 2 RM, jeweils an der Abendkasse.

Freitag, den 23. September 1921, abends 8 Uhr, im großen Rathhaussaal

Oeffentlicher Vortrag
 von Dr. Hans Hübenacher-München über
 „Anthroposophie und moderne Weltanschauung!“
 Eintritt frei!

Karlsruher Arbeitsgruppen der Anthroposophischen Gesellschaft und des Bundes für Dreigliederung d. sozialen Organismus.

Verkäufer oder Verkäuferin
 für unsere Seiden-Abteilung gesucht.
Leipheimer & Mende.

Hochbauarbeiten für Erstellung eines Erweiterungsbauwerks für die Eisenbahn generaldirektion Karlsruhe, nach Planungsministerial-Verordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben: Maurer-, Kunststein-, Zimmer-, Klempner-, Dachdecker- u. Schmiedearbeiten. Pläne und Bedingungen auf unserem Hochbaubüro, Eisenbahn generaldirektion, Eisenbahn generaldirektion, Friedrichsplatz 18, 4. Stock, Zimmer Nr. 117 von 9-12 Uhr vormittags zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Kein Versand nach auswärtigen Angebots verschlossen und mit der nötigen Aufschrift bis längstens den 28. September 1921, 10 Uhr vormittags bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Hochbauamt der Eisenbahn generaldirektion. 2084

Druck- und feldgrüne Hofen
 in allen Größen offeriert billig! 5703

Weintraubs
 An- u. Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52, Tel. 3747

Gummisohlen
 angesetzt ohne Nagel, Sohlen und Nägel 21.6. Von auswärts jugendliche Arbeit wird in zwei Tagen zurückschickend. Schuhreparatur mit elektrischem Betrieb. Waldhornstr. 36 Ecke Marktgraben- und Hühnergrabenstraße.

Hund entlaufen.
 Schnauzer, auf den Namen Mini hörend, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben bei Gebr. Hagener, Karlsruherstr. 46.

„Nissin“ Kopfläuse
 gegen Kopfläuse! Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Verderben am 25. September 1921
 betreffend.

Wenig 2 266 Riff 10 R. St. G. B. § 108 Riff 5 und 121 R. St. G. B. wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei dem am

Sonntag, den 25. September 1921, nachmittags, auf dem Rennplatz bei Klein-Ruppurr
 stattfindenden Rennen angeordnet:

Der von der früheren Einmündung der Ruppurrer Landkrone in die Göttinger Landkrone (am jetzigen Zügen über die Wälder nach dem Ruppurrer Gemeindefeld führende Weg, ferner der auf der Ostseite des Rennplatzes am Waldende entlang führende Weg, sowie die Einmündung der Waldwege in diesen werden von nachmittags 2 Uhr an bis zum Schluß der Rennen gesperrt.

Wagen, welche zum Rennplatz fahren und während der Rennen warten, haben sich auf der Ostseite der Göttinger Straße, südlich des Tribünen-einganges, in einer Reihe, der erste Wagen beim Tribüneneingang anzuhalten.

Beim Anstellen der Wagen und beim Abfahren ist den Befehlen der Polizeibehörde Folge zu leisten. Ausfuhr dürfen während der Rennen ihr Fahrvermögen nicht verlassen.

Automobile, die zum Rennplatz fahren, dürfen die Göttinger Landkrone auf der Strecke zwischen Karlsruher und Klein-Ruppurr benutzen. Für alle übrigen Kraftfahrzeuge ist die Straße von 1/2 Uhr an bis eine halbe Stunde nach Schluß der Rennen gesperrt und es haben diese Kraftfahrzeuge während der genannten Zeit den durch Beiertheim und Wäld (Scheibhardt) führenden Weg zu benutzen. Der Hof des Schloßhagens in Klein-Ruppurr steht zur Aufstellung der Automobile unentgeltlich zur Verfügung.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß das Betreten der nördlich und südlich des Rennplatzes gelegenen Wälder verboten ist. 2083

Karlsruhe, den 15. September 1921.
 Stad. Bezirksamt. — Polizeidirektion D. 3. 130

Wegen der noch bestehenden Seuchengefahr wird für die anlässlich der Herbstwoche vom 28. September abzuhaltenden Markt- und Schweine- und Schafmessen folgende Anordnungen getroffen:

1. Die Zufuhr von Rindvieh und Schweinen aus Sperbezirken und Beobachtungsgebieten ist verboten.

2. Für sämtliche auf die Märkte verbrachten Rindviehstücke und Schweine sind Gesundheitszeugnisse beizubringen, auf welchen die seuchensfreie Herkunft der Tiere bescheinigt ist.

3. Für das im Besitze von Viehhändlern befindliche Vieh sind tierärztliche Zeugnisse beizubringen, für die übrigen Tiere genügen Gesundheitszeugnisse, welche von Fleischschauern ausgestellt sind.

4. Für von Händlern nach Baden eingeführten Rindviehstücken und Schweinen ist eine Bescheinigung beizubringen, daß diese Tiere der vorgeschriebenen 7-tägigen polizeilichen Beobachtung unterworfen waren.

5. Für von Landwirten nach Baden eingeführten Rinder und Schweine genügt ein tierärztliches Zeugnis in welchem bescheinigt ist, daß das Vieh seuchensfrei und die betr. Gemeinde seuchensfrei sind. 2084

Karlsruhe, den 15. September 1921.
 Bezirksamt — Polizeidirektion. D. 3. 131

Kleinerkaufpreise für Gemüse und Obst.
 Für die Zeit vom 20. bis 26. Sept. 1921
 gelten für das Stadtgebiet Karlsruhe folgende Richtpreise:

Gemüse:	Stück	St. Rüben o. Kraut	Pfund
Endivien	bis 70	Rotkraut	40-50
Spinatgurken	5-12	Salatgurken, Freil.	80
Feldsalat	bis 200	Stangenbohnen	bis 180
Gelberüben, ohne Kraut	bis 110	Spinat	bis 200
Kohlrabi	60-80	Tomaten	bis 700
Kohlsalat (Freil.)	Stück	weißkraut	60
Karotten mit Kraut	bis 120	Wirsing	50
Kartoffeln, neue	bis 80	Zwiebeln	bis 120
Kartoffeln, alte	bis 60	Obst:	
Kangold	40	Äpfel	n. Größe
		Äpfel	bis 100
		Birnen	bis 100
		Kirschen	bis 100
		Rosinen	bis 300
		Nüsse	bis 150
		Kultre	bis 150

Auf Grund der Befehlsanordnung der städt. Preisprüfstelle Karlsruhe vom 20. August 1920 sind die Kleinerkäufer in Karlsruhe und den Vororten verpflichtet, in ihrem Verkaufsraum einen von der Preisprüfstelle abgestempelten Preisausgang sowie an den Verkaufstischen und Warenbehältern ein Preischild anzubringen; wer dieses unterläßt macht sich strafbar. Das Verhören des Obstes von Seiten der Käufer ist verboten. 2087

Karlsruhe, den 16. September 1921.

Der städt. Preisprüfstelle und Lebensmittelüberwachungsamt für Waren, Obst und Gemüse.
 Die Preisprüfstelle Karlsruhe-Land.

Musikschule
 A. Hofmann, Ruppurrerstrasse 46. 5967
 Unterricht für Violine u. Klavier.

In Silberbergs
Summiwaren-Haus
 Kaiserstraße 44
 kaufen Sie am vorteilhaftesten:
 Dauer-Wäsche, Wackstude, Bettelinge, Fahrtrahmeln, Fahrradschlächte, Gaschlächte, Irrigatorischlächte, Serien-schlächte, Kinderwagenstühle, Summi-hosenträger, Summi-bademantel, Summi-Schwämme, Luftkissen, Summi-Spritzer aller Art, Inhalatoren, Toilette-Artikel aller Art, Summi-Spielbälle, Tennis-Bälle, Summi-Puppen - abgepaßte Summi-Sohlen und Summi-Abzüge - en gros und en detail.
J. Silberberg, Kalterstr. 44
 6089

STADTGARTEN
 Dienstag, den 20. September, nachm. von 4-7 Uhr
Volkstümliches Familien-Konzert
 (Musikverein Harmonie).
 Eintritt: 1 M. 20 Pf. (Jahreskarten), 2 M. 20 Pf. (Sonstige), Kinder je die Hälfte.
 Vorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. 2085

STADTGARTEN
 Mittwoch, den 21. September, abends von 8-11 Uhr
 (nur bei gutem Wetter) 2086
Volkstümliches Konzert
 (Kapelle des Musikvereins Karlsruhe).
 Eintritt (ermäßigter): 60 Pf. (Jahreskarten), 1 Mk. (Sonstige). Kinder je die Hälfte. - Kartenvorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens.

MÖBEL
 Schlafzimmer verschiedene Holzarten, 2- u. 3-türig
 Speisezimmer schöne, moderne Formen
 Wohnzimmer poliert und eichen gewischt
 Herrenzimmer dunkel eichen gewischt
 Kücheneinrichtungen, Einzelmöbel und Betten.
 Gute Arbeit, bekannt billige Preise, Lieferung frei. Für gekaufte Sachen auf spätere Lieferung kostenlose Aufbewahrung
K. EPPEL, Steinstrasse 6
 früher Kaiserstrasse 19, Telefon 1581. 5910

Bad. Landestheater
 Dienstag, 20. Sept. 6 1/2 bis nach 10 Uhr. 4. 17.-
Die Jüdin.

Becht-heimer Weißwein
 Alter Karst 10.-
 1/2 Liter Karst 2.50 mit Steuer, empfiehlt

C. L. Schinger
 33 Marienstrasse 33
 33 Zimmer an vermieten. Mathystrasse 21, 5. St.

3 jüngere Herren
 suchen kleineres möbliertes Zimmer zu kleineren Zusammenkünften. Offerten unter Nr. 6097 an das Volksfreundbüro erbeten.

Blauer Rindermantel
 (Kleider Jacke) mit Wäsche für das Alter von 8 bis 12 Jahren, nur einmal getragen, billig zu verkaufen: Zachnerstr. 4, b.

Zu verkaufen:
 7 sehr gut erhaltene Anzüge, darunter ein fast neuer Schrodanzug, sowie 1 Paletot, Größe 1,71 m. Anzuehen Karlsruherstr. 90/92, 6078.

Kragen-Anzüge
 100, auch Kleider f. 14j. Gehörtauglich f. mittelgroße starke Jg. La. Friedens-tuch, Zylinderhut, auch Klapp-, billig abzugeben. Offenweinstr. 32, II bei Ugelrad. 6078

Auf Zeitzahlung
 erhalten Sie komplette Möbel-Einrichtungen und einzelne Möbel unter günstigen Zahlungsbedingungen von großer Robustheit und strengster Verschwiegenheit. Angebote unter Nr. 6042 an das Volksfreundbüro erbeten.

Chailongues
 neue, von 300 RM. an zu verk. Posternobelhaus Adler, Schützenstr. 25.

Kleider, Schuhe, Wäsche etc. läuft stets zu höchsten Preisen 6087
S. Ugelrad, Tel. 3980
 Offenweinstr. 32, II.

Original Oberbayerisches Bauerntheater (Falkentheater)
 25. September bis 2. Oktober
 Wollm-Zeiler Karlsruhe, Marienstrasse
 Beginn abends 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr

Donnerstag, den 22. September
 Ludwig Ganghofer's bestes Volksstück
Der Herrgottschnitzer v. Ammergau
 Oberbayerisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Ludwig Ganghofer und Neuert

Freitag, den 23. September
Wildrat vom Hohengrund
 Oberbayerisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Ruff und Ray Dorwig

Sonntag, den 24. September
A'menrausch und Edelweiß
 Oberbayerisches Charaktergemälde mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Dr. S. Schmid und Neuert

Kragen-wascherai Schorpp
 wäscht und bügelt in alt bekannter Ausführung. 6082
 Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Gemeinde-Sparkasse Gaggenau
 Rathaus Zimmer 5.
Neu eröffnet 16. Juli 1921.

Annahme von Spargeldern zu 4% variabilen von dem der Einzahlung folgenden Tage. Aufbewahren von Wertpapieren aller Art in feuersicheren Tresoren. Giro-, Scheck- und Überweisungsverkehr. Giro-Einlagen werden mit 3 1/2% verzinst. Kassenstunden: Vormittags 9-12 1/2 Uhr. 1893 Nachmittags 3-5 Uhr.

Offenburger Anzeigen.
Lehesholzjammeln im Stadtwalde.
 Das Lehesholzjammeln im hiesigen Stadtwalde hat einen solchen Umfang angenommen, daß, um erhebliche Beschädigungen zu verhüten, Einschränkungen geboten erscheinen.
 Es wird daher angeordnet:

1. Das Lehesholzjammeln im Stadtwalde ist nur am Donnerstag, und nur solchen bedürftigen Personen gestattet, die im Besitze eines Lehesholzjammels sind.
2. Die Ausstellung des Lehesholzjammels ist beim Stadtrat - Zimmer Nr. 8 - zu beantragen. Sägeine werden nur an bedürftige Personen abgegeben.
3. Die Mitnahme und der Gebrauch jeglicher Werkzeuge ist strengstens untersagt; diejenige Person, welche mit einem Werkzeug angetroffen wird, erhält den Lehesholzjammeln entzogen.
4. Das Abbrechen, Ab- oder Umsägen oder Umsägen von stehendem Holz, auch wenn es durch die strengsten Verbote; es darf also nur das auf dem Boden liegende Lehesholz mitgenommen werden.
5. Es ist verboten, bei eintretender Dunkelheit noch im Wald Holz zu sammeln. Wer gegen die erlassenen Vorschriften verstößt, wird strengstens bestraft. Offenburg, den 16. September 1921. Der Stadtrat. Das Fortamt.

Baden-Baden.
Käse-Abgabe.
 In der städtischen Molkerei, Bahnhofsstraße 3, wird in der Zeit von morgens 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, Markt an die Bevölkerung abgegeben. Wilschmitt.